

# NACHRICHTEN

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE  
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

3

X. Jahrgang

Frankfurt, März 1970

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 F

**W**enn diese Nummer der NACHRICHTEN ausgeliefert wird, treffen sich in Eriurt der Bundeskanzler der Bundesrepublik, Willy Brandt, und der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Willi Stoph, zu ihrem nicht nur in den beiden deutschen Staaten, sondern darüber hinaus in der Weltöffentlichkeit mit Spannung erwarteten Gespräch. Die hartnäckigen Versuche der neuen „Harzburger Front“, formiert aus CDU/CSU, Springer-Presse und ihrem reaktionären Anhängsel, die Reise Willy Brandts in die DDR zu sabotieren, sind gescheitert. Zwar hatte der Bundeskanzler erklärt, er wolle seinen Besuch nicht an Protokollfragen scheitern lassen, aber es ist doch wohl der Besonnenheit der DDR-Regierung zu verdanken, wenn es doch noch zu dem Spitzengespräch der beiden Regierungschefs gekommen ist. Es bleibt zu hoffen, daß Bundeskanzler Brandt mit gleicher Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit in dieses Gespräch geht, das eine friedliche Koexistenz zwischen der Bundesrepublik und der DDR auf der Grundlage gegenseitiger völkerrechtlicher Anerkennung einleiten soll.

## Jetzt wird miteinander gesprachen

nung der Rolle des DGB im Kampf um eine fortschrittliche demokratische Ordnung und um soziale Sicherheit für die Arbeiterschaft nicht fehlt, Themen vorgeschlagen, die sich auf gewerkschaftspolitische Fragen beziehen. Aber natürlich werden bei diesen Gesprächen auch die politischen Grundfragen zur Diskussion stehen.

Die Begegnung Vetter/Warneke könnte einen neuen Abschnitt in den Beziehungen zwischen den Gewerkschaften beider deutschen Staaten einleiten, wenn das Gespräch allein den Interessen der Arbeiter und Angestellten in den beiden deutschen Staaten dient. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Vetter, sollte sich daher nicht aus falsch verstandener Loyalität gegenüber der Bundesregierung verleiten lassen, die endgültig gescheiterte Politik des kalten Krieges zum Ausgangspunkt dieser Gespräche zu machen. Diese Begegnung bietet eine große Chance für eine weitere Vertiefung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften in Ost und West, die trotz des sogenannten Kontaktverbotes des DGB nie abgebrochen worden sind. Die Herstellung völliger Legitimität dieser Beziehungen durch die Aufhebung des Kontaktverbotes könnte den Austausch gewerkschaftspolitischer Vorstellungen und Erfahrungen intensivieren und damit den Gewerkschaften dieseits und jenseits der Grenzen helfen, ihre unterschiedlichen, aber immer auf die Interessen der arbeitenden Menschen ausgerichteten Aufgaben leichter zu bewältigen. sr

Etwas im Schatten des politischen Gespräches Brandt/Stoph steht die in Kürze zu erwartende Begegnung der beiden Vorsitzenden der größten und mächtigsten Arbeiterorganisationen in beiden deutschen Staaten, Heinz O. Vetter und Herbert Warnke. Ohne Polemik und in guter gewerkschaftlicher Haltung haben sich der FDGB und der DGB auf ein Gespräch geeinigt, ohne daß von einer Seite ausdrücklich Vorbedingungen gestellt wurden. Der FDGB hat in seinem Schreiben, in dem auch die Anerkennungen

■ Anerkennung und warum? . . . . .	2
30. Deutsche Arbeiterkonferenz	4
Profit-Preis-Spirale . . . . .	6
Lohndebatten mit Demagogie . . . . .	7
■ Chemie-Tarifrunde beginnt . . . . .	8
Weitere Informationen zur Tarifpolitik . . . . .	8—9
■ Diskussion und Vorschläge zur „Vermögensbildung“	10—11
Wirtschaft im Teufelskreis . . . . .	12
Wann betriebsnahe Tarifpolitik? . . . . .	13
Haushaltsplan 1970 . . . . .	14
DDR: Selbstbewußte Frauen . . . . .	16
■ Einigungsbestrebungen in Italien . . . . .	17

## Soziale Symmetrie?

Für 1970 wurden die Sozialrenten um 6,35 Prozent erhöht. Im Durchschnitt bekommen nun in der Rentenversicherung der Arbeiter die Rentner 18,70 DM mehr, und ihre Rente beträgt 313,50 DM. Die Angestellten sind etwas besser dran. Ihre Rente wurde um 32,10 auf 537,90 DM erhöht.

Wie sich das so trifft, hat im Januar dieses Jahres auch der Landtag in Niedersachsen finanzielle Aufbesserungen vorgenommen, und zwar wurden die Diäten für Landtagsabgeordnete und die Gehälter der Landesminister aufgebessert. So erhalten die Landtagsabgeordneten 45,4 Prozent (!) mehr Diäten und bekommen 1700 DM Zulage im Monat, und die Gehälter der Länderminister erhöhten sich gar um 55,5 Prozent oder um 2500 auf 7000 DM. Aber das ist natürlich nur das Grundgehalt, daneben gibt es ja auch noch die Abgeordneten-Entscheidungen.

Auch ein Beispiel bundesdeutscher Wirklichkeit. okulus

# Anerkennung und warum?

## Zu den beginnenden Kontakten mit der DDR Gewerkschafter sollten die Anerkennung fördern

Im Artikel 1 des Entwurfes für einen „Vertrag über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland“, den der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht dem Bundespräsidenten Heinemann im Dezember 1969 übermittelte, heißt es: „Die Hohen vertragschließenden Seiten vereinbaren die Aufnahme normaler gleichberechtigter Beziehungen, frei von jeder Diskriminierung, zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien der souveränen Gleichheit, der territorialen Integrität und der Unantastbarkeit der Staatsgrenzen, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils.“

Mit diesem Angebot hat die Regierung der DDR in klarer, unmißverständlicher Weise ihre Bereitschaft bekundet, mit der Bundesrepublik einen grundsätzlichen neuen Anfang normaler, friedlicher Beziehungen einzuleiten. Das ist für die von Brandt/Scheel geführte Regierung eine große Chance, mit einer ganzen Periode einer aggressiven Politik gegen die DDR Schluß zu machen.

Für die Arbeiterbewegung und insbesondere die Gewerkschafter des DGB ist das Angebot völkerrechtlicher Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ebenfalls eine große Möglichkeit, nach einer über 20jährigen grundsätzlich unterschiedlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands zu einem neuen Verständnis der Arbeiterbewegung des deutschen sozialistischen Staates zu kommen. Hier gilt es ohne Scheuklappen und kleinbürgerliche Vorbehalte gegenseitig die Erfahrungen auszutauschen über den Aufbau und die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernmacht, über die Entfaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden und die Restaurierung der Macht des Großkapitals in der Bundesrepublik, den Kampf der Arbeiter gegen die volksfeindlichen Praktiken des Spätkapitalismus.

Es ist darum nur nützlich, wenn der Bundesvorstand des DGB und der Bundesvorstand des FDGB Gespräche aufnehmen wollen, um über gegenseitig interessierende Fragen zu sprechen. Bundeskanzler Brandt und auch der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, haben sich in der letzten Zeit wiederholt zu der Entwicklung des Verhältnisses DDR—BRD geäußert. Es fällt auf, daß Bundeskanzler Brandt — von der CDU/CSU heftig attackiert — sich in Detailfragen flüchtet und hinter Formfragen versteckt. Es muß mit allem Ernst gefragt werden, ob die SPD-geführte Regierung wirklich einen Neubeginn zwischen der BRD und der DDR will, wenn sie darauf besteht, im direkten Zusammenhang mit Verhandlungen von Willy Brandt und Willi Stoph die

Präsenz der Bundesrepublik in West-Berlin zu demonstrieren.

So wie es in den ersten 50er Jahren um einen Friedensvertrag und eine gemeinsame friedlich-demokratische Entwicklung beider deutscher Staaten ging, geht es heute um die große Entscheidung, eine lange Periode der schrittweisen Entspannung auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten einzuleiten. Niemand kann glauben, daß auf einen Schlag alle Fragen gelöst werden können.

## DGB: Endlich NPD verbieten

Zehntausend Gewerkschafter protestierten am 14. Februar 1970 in Wertheim gegen die neonazistische NPD und ihren dort durchgeführten Parteitag. Spontan bildete sich nach der Kundgebung ein vom DGB nicht beabsichtigter Demonstrationzug, der sich in Richtung auf die NPD-Veranstaltung in Bewegung setzte. Dabei kam es zu massivem Polizeieinsatz gegen die Gewerkschafter, während die Neonazis hinter sicherem Polizeikordon amüsiert die Prügel Szenen verfolgten. Wieder hallte in den Straßen einer bundesdeutschen Stadt der in letzter Zeit oft gehörte Ruf demokratischer Demonstranten: „Unsere Polizisten schützen die Faschisten!“

Das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ gibt in der Ausgabe vom 20. Februar zu erkennen, daß es von der Entscheidung des sozialdemokratischen Bürgermeisters von Wertheim, Scheuermann, der NPD die Stadthalle zu vermieten, nicht erbaut ist. Der Redner der Protestkundgebung in Wertheim, der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Gerd Muhr, forderte die Bundesregierung erneut auf, endlich den schon lange fälligen Verbotsantrag gegen die NPD zu stellen, um die De-

moskar Vetter meinte kürzlich, bei den Gesprächen müsse man da wieder anknüpfen, wo man beim Abbruch der Interzonenkonferenzen aufgehört habe. Sicher, das wäre ganz nützlich; damals ging es um die Verhinderung der Restauration der Macht des Großkapitals, die mitbestimmende Rolle der Gewerkschaften in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, um die endgültige Ausschaltung der Konzerne, die Sicherung des Friedens und eine demokratische Entwicklung, die der Arbeiterklasse, entsprechend ihrer Rolle in der Gesellschaft, politische Macht sichert. Es ist ja offenkundig, daß der FDGB in der DDR maßgeblich beteiligt war, diese Aufgabe, die damals auf den Interzonenkonferenzen diskutiert wurden, zu lösen. Damit wurde in der DDR der Weg zum Sozialismus geöffnet.

Der Staat auf deutschem Boden, der grundlegende Ziele der deutschen Arbeiterklasse verwirklicht hat, sollte schon aus diesem Grunde das Verständnis jedes Gewerkschafters finden. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR beinhaltet für den Gewerkschafter auch das Verständnis für die im Staat organisierte Macht der Arbeiterklasse.

Jeder Gewerkschafter weiß aus eigener Erfahrung: Der in den 50er Jahren eingeleitete kalte Krieg, die Wiedererrichtung eines Militärstaates und der Antikommunismus haben in der

mokratie in der Bundesrepublik zu schützen.

Insbesondere für die Arbeitnehmer habe die NPD eine „gigantische Zehne“ aufgemacht, sagte Muhr. Während auf der einen Seite das Großkapital erhalten und weiter konzentriert werden soll und dem Unternehmertum der Schutz seiner ungehinderten Entfaltung garantiert werde, wolle die NPD für die Arbeiterschaft die mühsam erkämpfte Selbständigkeit und Tarifautonomie beschränken. So sei die Aushöhlung des Streikrechts vorgesehen. Wie in alten Zeiten solle der Arbeitnehmer der „Treue- und Fürsorgepflicht“ des Unternehmers anvertraut werden.

Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl gebe nicht den geringsten Anlaß, im Kampf gegen den Neonazismus nachzulassen, sagte Muhr. Immerhin sitze die NPD noch in den meisten Landtagen der Bundesrepublik. Muhr warnte vor dem Kokettieren mit der NPD aus Protesthaltung. „Wer für die NPD ist, ist auch für Volksverdummung und Rassenhetze, für Kriegspropaganda und Zensur, für Streikverbot und Führerideologie.“ Das seien unausweichliche Konsequenzen. Pr.

Bundesrepublik die Reaktion gestärkt, eine 20jährige Herrschaft der CDU ermöglicht. Die Profitwirtschaft wurde oberstes Prinzip des Staates. Die Gewerkschaften wurden gedrängt, sich diesem Prinzip zu beugen. Wo die Gewerkschaften der Ausbeutung Widerstand leisteten — und sie haben Widerstand geleistet — wurden sie verleumdet. Heute wird die selbständige Rolle der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter vom Großkapital bekämpft. Ein großer Teil des Nationaleinkommens wird für die Profite der Rüstungsindustriellen verschleudert. Die Gewerkschaften wehren sich mit Recht gegen diese Entwicklung.

**Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR könnte einen Weg öffnen, die imperialistische Politik in der Bundesrepublik schrittweise zu überwinden.** Wir wollen keine Fata Morgana zeichnen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR wäre in dem Sinne ein Erfolg und Fortschritt, als damit die reale Möglichkeit bewiesen wäre, zwischen den beiden deutschen Staaten auf lange Sicht den Frieden zu sichern. Im wirtschaftlichen, politisch-ideologischen Wettstreit der beiden Gesellschaftssysteme erhalte die Arbeiterbewegung bei uns und besonders die Gewerkschaftsbewegung die Chance, sich schneller zu entwickeln, die Kraft und Fähigkeit zu erwerben, der Gesamtentwicklung der Bundesrepublik eine andere Richtung zu geben.

Das wäre ganz im Sinne der Erklärung des Bundesvorstandes des DGB vom 22. Oktober 1969 zur Bildung einer von Sozialdemokraten geführten Regierung: es komme darauf an, die ungerechten Herrschaftsstrukturen in der Bundesrepublik zu beseitigen. In diesem Sinne ist die völkerrechtliche Anerkennung der DDR Voraussetzung und erster Schritt zu einer Neuregelung der Lage zwischen beiden deutschen Staaten und auch zu einem neuen Sicherheitssystem in Europa. Josef Ledwohn

## DGB kritisiert Diskonterhöhung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Presseerklärung vom 9. März 1970 den Beschluß der Bundesbank, den Diskontsatz von 6 auf 7,5 Prozent zu erhöhen, bedauert. Nach Ansicht des DGB wäre eine solche Maßnahme zur Drosselung der Investitionstätigkeit bereits vor einem Jahr notwendig gewesen. In der jetzt eingetretenen Abschwächungsphase der Konjunktur könne die Zinsverleuerung zu einer unbeabsichtigten „Unterkühlung“ führen. Im übrigen trage die Erhöhung der Zinsen nicht unmittelbar zur Preisberuhigung bei, sondern bewirke vielmehr weitere Kostenerhöhungen.

## Vor 50 Jahren: Arbeiter verjagten Kapp

Vor 50 Jahren, am 13. März 1920, marschierten die berüchtigte Brigade Ehrhardt und in Döberitz stationierte Reichswehrverbände unter Führung des Generals von Lüttwitz auf Berlin, verjagten den Reichspräsidenten Ebert und die sozialdemokratische Reichsregierung und setzten den reaktionären Generallandschaftsdirektor Kapp als Bundeskanzler ein. Dieser Putsch reaktionärer Junker und Militaristen hatte das Ziel, eine unverhüllte Diktatur aufzurichten.

In dieser Stunde größter Gefahr für das deutsche Volk erwiesen sich die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften als die entschiedenen Verteidiger der Demokratie. Sie erkannten, daß der Kapp-Putsch sich direkt gegen die Interessen der arbeitenden Menschen richtete und beantworteten die konterrevolutionäre Aktion mit der Auslösung eines Generalstreiks. Unabhängig von ihren politischen Auffassungen legten Millionen Arbeiter und Angestellte die Arbeit nieder, und in wenigen Tagen brach der Putsch zusammen.

Die Ursache des Militärputsches von 1920 ist in der Tatsache zu suchen, daß es die führende Sozialdemokratische Partei damals versäumte, grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Veränderungen durchzusetzen und mit Unterstützung der Arbeiterschaft die Großgrundbesitzer zu enteignen sowie die Herren der Großindustrie und der Konzerne zu entmachten. - eg -

## Bitte an unsere Leser

*Infolge wiederholter Nachbestellung der NACHRICHTEN durch unsere Bezieher, insbesondere neue Abonnenten, Gewerkschaftsvorstände und Institutionen, sind wir in eine unangenehme Lage geraten: Unsere zur Aufbewahrung bestimmten Exemplare des Jahrganges 1969 sind derart zusammengeschmolzen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, die benötigte Anzahl für die Anlieferung der bereits bestellten Sammelbände aufzutreiben. Das gilt allerdings nur für die Monate Januar bis Juni 1969.*

*Wir bitten alle Bezieher der NACHRICHTEN, die noch entsprechende Ausgaben in der Ablage haben und sie entbehren können, uns aus der Verlegenheit zu helfen und sie an den Verlag nach Frankfurt, Friedberger Landstr. 307, zu senden. Auch wenn die Exemplare nicht mehr im besten Zustand sind, bitten wir Sie um diese Gefälligkeit. Selbstverständlich werden die Auslagen und Hefekosten erstattet.*

Verlag und Redaktion

## 7 kontra 5

Die Mitbestimmungsdiskussion ist durch den Bericht der sogenannten Biedenkopf-Kommission neu belebt worden. Dabei zeigt sich eigentlich nur eines deutlich: Das Thema Mitbestimmung ist längst ausdiskutiert. Auch der Kommissionsbericht hat keine neuen Argumente für oder gegen die Mitbestimmung vorzuweisen.

Auf einen einfachen Nenner gebracht, sieht das so aus: Die Feststellung des Professoren-Gutachtens, daß die paritätische Montanmitbestimmung weder den betroffenen Unternehmen noch der Gesamtwirtschaft zum Nachteil gereichte, ist ein alter Hut. Das haben die Gewerkschaften — und die Praxis bewies es — schon seit je gesagt. Auch die andere grundsätzliche Aussage des Berichtes, daß nämlich in den Aufsichtsräten der großen Kapitalgesellschaften außerhalb der Montanwirtschaft das Unternehmer-Arbeiter-Verhältnis 7:5 betragen und auf den Arbeitsdirektor der Arbeitnehmerseite im Vorstand verzichtet werden sollte, ist nicht prinzipiell neu und stellt lediglich eine Modifizierung der gegen die Parität gerichteten Argumentation der Mitbestimmungsgegner dar. In dieser speziellen 7:5-Spielart können sie sich sogar noch die Maske des Behäbers der Mitbestimmung vors Gesicht binden.

Ob nun die Vertreter der Aktionäre denen der Belegschaft und Gewerkschaft mit 4 Stimmen (nach dem Betriebsverfassungsgesetz) oder mit 2 Stimmen (nach dem Biedenkopf-Modell) überlegen sind, ist für das Resultat unerheblich: Von einer Mitbestimmung der unabhängig Beschäftigten im Sinne des Wortes an der Spitze des Unternehmens kann keine Rede sein. Wenn die Biedenkopf-Kommission die gewollte Unterlegenheit der Arbeitnehmervertreter damit motiviert, daß auf diese Weise die Rentabilität (das Profitstreben) als „primäre unternehmerische Zielfunktion“ besser gesichert werde, dann ist das uralte Argument wieder auf dem Tisch, wonach die paritätische Mitbestimmung die Wirtschaft ruiniert.

Wieso angesichts dieser Tatsache — und die Parität ist ein wichtiges Kriterium wirksamer Mitbestimmung — seit Veröffentlichung des Mitbestimmungsberichtes neben richtiger Kritik auch begeisterte Stellungnahmen im DGB und seinen Gewerkschaften zu hören waren, ist erstaunlich. Der DGB-Bundesvorstand sah durch das Gutachten die Gegner der Mitbestimmung „unhaltbar wiederlegt“ (3.2.) und für Otto Brenner waren alle ihre Argumente sogar „vom Tisch gefegt“ (31.1.). Das eben ist ein Irrtum. Das gefährlichste Gegenargument steckt vielmehr in der formalen Befürwortung der Mitbestimmung, wobei Modelle angeboten werden, die nichts taugen. Siehe oben. G. S.

Diese 30. Arbeiterkonferenz in Leipzig hat wieder vielen Arbeitern und Angestellten aus der Bundesrepublik — Parteilosen, Sozialdemokraten, Kommunisten sowie Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaften — Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch mit Kollegen der DDR gegeben. Die Leipziger Arbeiterkonferenzen sind nach all den Jahren ihres Stattfindens während der Messe so etwas wie Tradition geworden.

Allerdings waren und sind sie nicht immer unangefochten. Kritik kam nicht nur aus der Zentrale des DGB, wo man die Konferenzen als Einmischung in die eigenen Angelegenheiten rügte, auch Veranstalter und Teilnehmer selbst waren nicht immer zufrieden. Schon die letzten Konferenzen hatten merklige Qualitätsverbesserungen zu verzeichnen, insbesondere durch die Einrichtung von Arbeitskreisen und die dadurch ermöglichte Ausweitung, Intensivierung und Spezifizierung der Diskussion.

Die 30. Arbeiterkonferenz dürfte mit ihrem niveaувollen Ablauf dieser Einrichtung weiteres Gewicht verliehen haben. Die Skala der in Referaten und Diskussionsreden abgehandelten Themen reichte von der Bildungs-, Tarif- und Sozialpolitik über Mitbestimmung bis zu den Fragen der aktuellen Politik, die heute die Werktätigen in der Bundesrepublik und der DDR beschäftigen. Von einem mißverständlichen Zuschnitt auf westdeutsche Gewerkschaftspolitik kann nicht die Rede sein, wengleich es in der Natur der Sache liegt, daß bei 800 Teilnehmern aus der Bundesrepublik und 200 aus der DDR die Problematik derjenigen im Vordergrund steht, die sich täglich mit der kapitalistischen Wirklichkeit herumzuschlagen müssen.

Leipzig ist eine traditionsreiche Stätte der Begegnung — auch für Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterbewegung in beiden deutschen Staaten. Politisch bewußte Arbeiter und Angestellte sind zugleich auch bewußte Gewerkschafter. So haben die Leipziger Arbeiterkonferenzen ohne Zweifel eine Funktion in dem Bemühen um die Herstellung guter Kontakte zwischen den Gewerkschaftern in der Bundesrepublik und der DDR. Das Tauwetter in dieser Hinsicht wurde auch auf der 30. Deutschen Arbeiterkonferenz sichtbar: Zum erstenmal war der DGB durch einen — inoffiziellen — Beobachter, den Chefreporter der „Welt der Arbeit“, Jeloneck, im Haus Auensee präsent.

Die nächste Deutsche Arbeiterkonferenz ist für September nach Leipzig einberufen worden. Es läge im Interesse der Verständigung, würde der DGB seine Reserviertheit bis dahin ganz aufgegeben haben. G.S.

**Leipzig — traditioneller Ort für Gedankenaustausch**  
**NACHRICHTEN-Herausgeber Heinz Seeger hielt Referat**

An traditionsreicher Stätte, im Leipziger Haus Auensee, trat am 6. und 7. März 1970 zum 30. Male die Deutsche Arbeiterkonferenz zusammen, zu der ihr Ständiger Ausschuß eingeladen hatte. Über 1000 Mitglieder und Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung, vorwiegend Gewerkschafter, waren zusammengekommen, um über aktuelle Fragen des sozialen, gesellschaftlichen und politischen Kampfes der Werktätigen in der Bundesrepublik und der DDR zu beraten. Rund 800 Teilnehmer kamen aus der Bundesrepublik.

Parteien und gesellschaftliche Organisationen aus beiden deutschen Staaten und aus dem Ausland waren mit Delegationen und Beobachtern vertreten. Aus der DDR verfolgten z. B. Vertreter der SED, des FDGB, der FDJ und des Demokratischen Frauenbundes den Verlauf der Konferenz. Aus der Bundesrepublik waren DKP, die verbotene KPD und die Jugendorganisation SDAJ vertreten, aus West-Berlin die SEDW. Die Gewerkschaftsbünde mehrerer sozialistischer Länder hatten Repräsentanten nach Leipzig geschickt, ebenso der Weltgewerkschaftsbund (WGB), der französische Gewerkschaftsbund CGT und die italienische Gewerkschaftsvereinigung CGIL.

Die beiden Hauptreferate wurden von dem Mitglied des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes, Werner Heilemann, und dem Mitherausgeber unserer Zeitschrift, Heinz Seeger, gehalten. In beiden Referaten dominierte das Bemühen, eine nüchterne Analyse der sozialen und politischen Lage in der Bundesrepublik und der DDR zu geben, um davon ausgehend gangbare Wege zur Verstärkung der Position der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen zu finden.

In dem Maße, wie die Werktätigen in der DDR ihren Staat festigten, würden sie auch Barrieren gegen die Feinde der Werktätigen in der Bundesrepublik, die aggressiven Kräfte des Imperialismus, aufrichten. „Indem die Arbeiter und die anderen Werktätigen der DDR erfolgreich den Sozialismus errichten“, sagte Heilemann, „erbringen sie den Beweis, daß die arbeitenden Menschen sehr wohl und sehr gut ohne Kapitalisten auskommen; sie demonstrieren auf deutschem Boden die Schöpferkraft der Arbeiterklasse.“

Die Politik der DDR sei klar und eindeutig, sagte Heilemann; sie zielen auf einen friedlichen Wettbewerb zwischen den beiden Systemen, auf Beziehungen der friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten. In dem Maße aber, wie die Werktätigen in der Bundesrepublik ein kameradschaftliches und brüderliches Verhältnis zur DDR herstellen, wo die werktätigen Klassen die wirtschaftliche und politische Macht ausüben, werde sich

auch in der Bundesrepublik das Kräfteverhältnis zum Nachteil der Großkapitalisten entwickeln. Jedoch: „Die Dinge in der Bundesrepublik zum Guten wenden — das könnt ihr nur selbst!“

Heinz Seeger definierte die Bundesrepublik als eine spätkapitalistische Gesellschaftsordnung, in der nach 20 Jahren CDU/CSU-Herrschaft die alten, überholten Rechts- und Eigentumsverhältnisse restauriert sind. „Die sozialen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern können darum auf die Dauer nur erfolgreich sein, wenn sie gleichzeitig verbunden sind mit dem Kampf um die Veränderung der politischen Machtverhältnisse.“ Lohnfragen seien echte Machtfragen. Die Mitbestimmung müsse das Ziel haben, die Macht der Konzerne und Monopole zurückzudrängen. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR liege nicht nur im Interesse der DDR, sondern des Friedens und der eigenen Interessen der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik.

Heinz Seeger begrüßte die Bereitschaft des DGB, den FDGB der DDR in die Kontaktbemühungen mit einzubeziehen. Dabei müsse jedoch der Grundsatz gelten, daß sie niemandem sonst als der Arbeiterschaft nützen. (Siehe nebenstehende Auszüge aus der Rede Seegers: „Viele Gemeinsamkeiten ...“)

Als Leiter der SED-Delegation ergriff das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, Prof. Albert Norden, die Gelegenheit zu einer längeren Stellungnahme am Schluß der Konferenz. Norden zeichnete das geschichtliche Bild der Entstehung der beiden deutschen Staaten nach 1945 als Ergebnis der Adenauerschen Spaltungspolitik. Mit der Gründung des separaten westdeutschen Staates habe sich der deutsche Imperialismus ein Schutzgebiet schaffen wollen, um sich wieder zu erholen. Diese Kräfte seien heute gegen die Anerkennung der DDR, weil man damit zugleich die Kraft und die Möglichkeiten der Arbeiterklasse anerkenne, Staat und Wirtschaft selbst zu lenken.

Norden trat der auch in der Diskussion geäußerten Auffassung entgegen, man müsse der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung Zeit lassen, einen

grundlegenden politischen Kurswechsel vorzunehmen. Bis jetzt habe die neue Regierung, sagte Norden, die Zeit noch nicht dafür genützt, eine Erneuerung in Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik vorzunehmen. Lediglich die CDU/CSU und die übrigen rechten Kräfte hätten die Zeit genützt, um sich neu zu formieren. „Wer nicht für Erneuerung kämpft, wird keine Erneuerung erleben.“

In der Diskussion, die im Plenum und in zahlreichen Arbeitsgruppen geführt wurde, kamen insgesamt 224 Redner zu Wort; weitere 119 konnten aus Zeitmangel nicht mehr sprechen. Generalthemen der Aussprache waren die Sorge um die Sicherung des Friedens, die Suche nach Möglichkeiten für diesbezügliche gewerkschaftliche Beiträge sowie — was die Bundesrepublik betrifft — die Sicherung des sozialen Standards und der Arbeitsplätze der Arbeiter und Angestellten, die Erlangung wirksamer Mitbestimmungsrechte in Wirtschaft und Gesellschaft sowie die entscheidende Zurückdrängung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Monopole und ihrer Manager.

Die Redner aus der DDR berichteten in erster Linie, wie die Probleme des sozialistischen Aufbaus von Wirtschaft und Gesellschaft gelöst werden, welche Rolle die Gewerkschaften dabei spielen und in welchem Umfange die Mit- und Selbstbestimmung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften praktiziert wird. Der Grundstein dafür sei, wie Paul Albrecht aus dem Bezirk Halle sagte, schon vor 25 Jahren mit der Entmachtung der Kapitalistenklasse gelegt worden.

Besondere Aufmerksamkeit fand mit seinem Diskussionsbeitrag der Leiter der DKP-Delegation, Ludwig Müller, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes. Mit dem Regierungswechsel in Bonn, sagte der Sprecher, sei keineswegs schon der Weg zu demokratischem Fortschritt gebahnt. Jene Kräfte der Bevölkerung, die mit ihrer Wahlentscheidung die CDU/CSU aus der Regierung verdrängt hätten, seien aber auch in der Lage, die Entwicklung weiter voranzutreiben, und zwar in einem Sinne, daß nicht nur neue Personen in der Regierung sitzen, sondern von diesen auch eine Politik demokratischen Fortschritts praktiziert werden müsse.

Zweifellos wird der Gedankenaustausch, wie er auf der Arbeiterkonferenz in Leipzig stattfand, dazu beitragen, der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auch bei uns eine praktische Hilfestellung in der politischen Tagesarbeit zu geben. In diesem Sinne wird die Diskussion im September auf der 31. Deutschen Arbeiterkonferenz fortgesetzt werden können.

G. Siebert

# Viele Gemeinsamkeiten ...

Aus der Rede Heinz Seegers auf der Arbeiterkonferenz

*Die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften bekennen sich zur Demokratie und zum Grundgesetz als die Verfassung der Bundesrepublik. Der Staat jedoch repräsentiert sich der Arbeiterschaft gegenüber nicht als sozialer Rechtsstaat, wie ihn das Grundgesetz postuliert. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung macht den Klassencharakter des Staates deutlich: An dem seit 1945 in der Bundesrepublik geschaffenen Sach- und Geldvermögen sind die Lohnempfänger, das sind 83 Prozent der Bevölkerung, mit ganzen 17 Prozent beteiligt ...*

*In der Bundesrepublik hat sich das Verhältnis von Arbeitereinkommen zur Produktivität und von Unternehmerprofit zum Lohn Jahr für Jahr zu Ungunsten der Arbeitnehmer verändert. Betrug 1966 der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am Sozialprodukt noch 37 Prozent, ging der Anteil bis Ende 1969 auf 34 Prozent zurück. Heute ist der Unterschied zwischen dem Einkommen des Großaktionärs Flick, der im vergangenen Jahr im Durchschnitt rund 70 000 DM pro Stunde an Dividende verdiente, und dem Einkommen eines Arbeiters seines Konzerns um ein Vielfaches größer als die Differenz zwischen dem Einkommen eines ehemaligen preußischen Junkers und dem Lohn seines Landarbeiters ...*

*Lassen Sie mich aber eine Feststellung treffen: Bei aller kritischen Beurteilung der Lohn- und Gehaltsentwicklung in der Bundesrepublik, die zweifellos ungenügend ist im Verhältnis zu der von Jahr zu Jahr steigenden Produktivität, kann es doch keinen Zweifel daran geben, daß ohne die Gewerkschaften die Arbeiterschaft in der Bundesrepublik ihren sozialen Standard nicht erreicht hätte ...*

*Die Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger werden immer das Ergebnis harter Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften und den Unternehmern bleiben. Keine modernen Lohnfindungsmethoden und keine Gutachten irgendwelcher Sachverständigenkommissionen oder was man sonst noch als Versachlichung der Lohnpolitik zu bezeichnen pflegt, können diesen Interessenkonflikt aus der Welt schaffen. In der Lohnpolitik gibt es keine Tricks! Lohnfragen sind Machtfragen. Und nur eine starke Gewerkschaft wird diese Machtfrage im Interesse der Arbeiter und Angestellten entscheiden ...*

*Die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR schafft die Voraussetzungen für Entspannung und die Sicherung des Friedens in Europa als Grundlage für mehr Menschlichkeit, wie sie alle anständigen Bürger in der DDR und Bundesrepublik wünschen. Natürlich ändert die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Regierung Brandt noch nichts an den Verhältnissen in der Bundesrepublik. Auch nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR bliebe die Bundesrepublik ein kapitalistischer Staat und auch an der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterschaft würde sich nichts ändern. Die Anerkennung der DDR bietet zunächst die Chance für eine friedliche Koexistenz — nicht mehr, aber auch nicht weniger.*

*Trotzdem meine ich, daß die völkerrechtliche Anerkennung nicht allein im Interesse der DDR und ihrer Bevölkerung liegt: Sie hat auch für die Arbeiterschaft in der Bundesrepublik eine hervorragende politische Bedeutung. Allein die Existenz der DDR als sozialistischer Staat hat die sozialpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik zugunsten der Arbeiterschaft aus begreiflichen Gründen beeinflußt. Die völkerrechtliche Anerkennung wäre darüber hinaus für uns gleichbedeutend mit der Anerkennung der DDR als Beispiel für eine Neuordnung, die von der Ablösung der Macht des Großkapitals durch die Macht der Arbeiterklasse ausgeht. Gewiß findet die Arbeiterschaft in der Bundesrepublik andere Voraussetzungen und Bedingungen vor, aber in den Grundfragen gibt es weitgehende Übereinstimmung.*

*Was fordern wir? Wirksame Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Gesamtwirtschaft. Hier in der DDR ist diese Forderung verwirklicht. — Wir wollen eine Reform der Bildungspolitik, die Abschaffung des Bildungsmonopols der reichen Leute. Hier in der DDR hat der sozialistische Staat diese Forderung verwirklicht durch die Schaffung eines der modernsten Bildungssysteme der Welt. — Wir fordern die Anerkennung der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften als gleichberechtigten Teil unserer Gesellschaft. Wir fordern den Abbau aller Privilegien, die allein aus dem sozialen Herkommen abgeleitet werden. Wir fordern die Vergesellschaftung der Konzerne und Monopole. Hier in der DDR sind diese Forderungen Wirklichkeit. Hier bestimmen und regieren die Arbeiter, die durch ihre Leistungen Staat und Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur erhalten.*

# Profit-Preis-Spirale

**Lebenshaltungskosten stiegen in einem Jahr um 3,5 Prozent  
Profit kennt keine Vernunft – Konsequenz für Löhne**

Der offizielle Preis-Index für die Lebenshaltung war Mitte Januar 1970 um 3,5 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Im gleichen Zeitraum kletterten die Industrie-Erzeugerpreise um 6 Prozent, davon wiederum die Preise für Investitionsgüter um fast 10 Prozent. Der letztere explosionsartige Preisanstieg muß als Indikator der künftigen allgemeinen Preisentwicklung angesehen werden. Wenn es den Gewerkschaften durch entsprechenden Druck auf die Bundesregierung nicht gelingt, energische Maßnahmen gegen die Preispolitik des Großkapitals zu erreichen, muß damit gerechnet werden, daß in den nächsten Monaten die Verteuerung der Lebenshaltung in der Größenordnung bis zu 10 Prozent auf die Arbeiter- und Angestelltenfamilien zukommt.

Nach einer Aussage des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelstages, Düren, hat die Preiswelle „offenbar noch nicht ihren Höhepunkt erreicht“. Einen Vorgeschmack auf die Entwertung der sauer verdienten Löhne und Gehälter gab die Frankfurter Frühjahrsmesse. Die Preise waren dort im Durchschnitt um 5 bis 12 Prozent höher, teilweise, z. B. für Spielwaren, sogar um 20 Prozent und mehr.

Wie gehabt, strapazieren die Unternehmer das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale als angebliche Ursache der Preislawine. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat von den Gewerkschaften eine „stabilitätskonforme Lohnpolitik“ verlangt, weil sich sonst die Teuerungswelle noch weiter verstärken werde. Gelinde gesagt, ist dieses in den Massenmedien des Großkapitals aufgetischte Märchen von der Lohn-Preis-Spirale eine Unverschämtheit gegenüber den Werktätigen. Alle Fakten besagen, daß angesichts der gestiegenen und weiter steigenden Produktivität der Lohnkostenanteil an den einzelnen Produkten zurückgeht und es normalerweise zu Preissenkungen bei gleichzeitigen Lohnerhöhungen kommen müßte. NACHRICHTEN haben in den letzten Ausgaben dafür eine Fülle von Beweisen veröffentlicht. Hier sei, um ein weiteres Beispiel zu nennen, auf die Eisenwerke Neuenkirchen verwiesen. Dort ist im vergangenen Jahr gegenüber 1968 der Lohnaufwand je Tonne Rohstahl um 11,58 Prozent gesunken, die Preise sind aber trotzdem um 15 Prozent gestiegen.

Daß die Ursache für die Preislawine nicht die Löhne, sondern das Profitstreben der Unternehmer ist, geht auch aus der Entwicklung der Importpreise und der Verteuerung der Lebenshaltung hervor. Das DGB-Vorstandsmitglied Georg Neemann hat darauf hingewiesen, daß nach der DM-Aufwertung die Einfuhrpreise im letzten Quartal 1969 um durchschnittlich 2,4 Prozent gesunken sind. Im einzelnen verbilligten sich die Import-

preise von Spirituosen um 11,3 Prozent, von Ferngläsern um 10,1, Arm-banduhren um 8,6, Filmen um 8,5, Benzin um 7,9, Schokolade um 7,4 und von Bier um 5,5 Prozent. Von diesen Importverbilligungen haben die Endverbraucher nichts gespürt, im Gegenteil, einige dieser genannten Waren sind sogar noch teurer geworden. Die Importverbilligungen sind den Unternehmern in Form von erhöhten Gewinnspannen in die Tasche geflossen.

All das zeigt: das Großkapital betreibt, sekundiert von Wirtschaftsminister Schiller, bewußt eine Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn es die Preiserhöhungen mit Lohnstei-

---

## NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

---

gerungen begründet. Wie hallos die Unternehmerlüge ist, geht auch daraus hervor, daß die großen Konzerne es ablehnen, ihre Kostensituation offen und objektiv von unabhängigen Wirtschaftsinstituten überprüfen zu lassen. Sie sind darum dagegen, weil die von den Gewerkschaften geforderten „gläsernen Taschen“ an den Tag bringen würden: die wahre Ursache der Preiswelle ist die vom Großkapital in Gang gesetzte Profit-Preis-Spirale.

Diese Profit-Preis-Spirale wird in dem Umfange eingeschränkt werden können, wie die Gewerkschaften echte Mitbestimmungsrechte durchsetzen. Darum steht heute die Aufgabe stärker denn je, vom Bundestag die bal-

dige Verabschiedung eines Mitbestimmungsgesetzes, entsprechend den Vorstellungen des DGB, zu fordern und zugleich Mitbestimmungsrechte durch tarifvertragliche Abmachungen anzuvisieren.

Ferner sollten die schon vor Wochen von der Regierung verlangten Maßnahmen zur Preisstabilisierung von den Gewerkschaften mit größerem Nachdruck vertreten werden. Dazu gehören die Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand, keine Preiserhöhungen bei öffentlichen Verkehrs- und Versorgungsbetrieben, Senkung der Verbrauchssteuern, Genehmigungspflicht bei Unternehmenszusammenschlüssen und Bildung von gesellschaftlichen Organen zur Preiskontrolle. Offensichtlich reicht es nicht aus, nur einen papiernen Protest gegenüber den profitfördernden Maßnahmen der Bundesregierung anzumelden. Von all diesen Forderungen wird nur so viel erreicht, wie durch Aktionen erkämpft wird. Dazu gehört insbesondere auch der Kampf gegen die steigenden Rüstungsausgaben.

Vor allem sollten sich die Gewerkschaften darüber im klaren sein, daß es jetzt notwendig ist, Lohn- und Gehaltserhöhungen, entsprechend der DGB-Zielprojektion, aktiv durchzusetzen. Nichts wäre verhängnisvoller — sowohl für die Verteidigung des Lebensstandards als auch für die Sicherung der Arbeitsplätze — jetzt bei Lohnforderungen kurzzutreten. Die Mitte Februar von der Gewerkschaft HBV abgeschlossene Tarifierhöhung von nur 7 Prozent für die Beschäftigten im privaten Bankgewerbe ist kaum ein Ausgleich für die seit dem vorangegangenen Tarifabschluß eingetretenen und noch zu erwartenden Preiserhöhungen. Damit wird der Abstand zwischen Profit- und Lohnentwicklung immer größer. Dieser Tarifabschluß kann darum kein Beispiel für andere Gewerkschaften sein.

Insbesondere die IG Metall, in deren Bereich die Tarife für 4 Millionen Arbeiter und Angestellte zum Herbst kündbar sind, sollte diesen Abschluß nicht als Maßstab betrachten. Die IG Metall wäre gut beraten, wenn sie angesichts der Kaufkraftverluste die Metallindustriellen zu vorgezogenen Tarifverhandlungen veranlaßt. Warum sollte es nicht möglich sein, daß auch die IG Metall, wie die ÖTV im vergangenen Jahr nach den Septemberstreiks, bis zum Auslaufen des Tarifvertrages zum 1. Oktober für alle Arbeiter und Angestellten als Ausgleich für die gestiegenen Preise eine monatliche Zulage von 100 DM durchsetzt? Die 2 Millionen organisierten Metallarbeiter und -angestellten haben die Kraft, diese Forderung zu realisieren, wenn sie, wie die Stahlarbeiter im Herbst 1969, entschlossen handeln.

Dr. Werner Petschick

# Lohndebatte mit Demagogie

**Krise — Aufschwung — Konjunktur — Stagnation — Krise:** das ist der unaufhörliche Wirtschaftsablauf im Kapitalismus. Ob Bürgerliche oder Sozialdemokraten regieren, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Diese Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus kann man erst mit dem Kapitalismus selbst aus der Welt schaffen. Und ebenso die Folgen: Preistreiberi, Inflation, Lohn-drückerei, soziale Demontage.

Zur Zeit herrscht Konjunktur mit ersten Stagnationserscheinungen. Preistreiberi, Superzinsen und Geldentwertung grassieren. Die Unternehmen, besonders die großen Monopole, haben 1968/69 eine beispiellose Profitexplosion erlebt und möchten diesen Zustand verewigen. Dabei stoßen sie auf den Widerstand der Arbeiterschaft, die den Reichtum erzeugt und ihren Anteil fordert. Streiks und eine zum Teil hartnäckig geführte Lohnbewegung zeigen den Unternehmerverbänden seit einigen Monaten, wo ihre Grenze liegt. Aber in schöner Regelmäßigkeit, wie der Zyklus Krise — Konjunktur sie beschert, schwappt jetzt wieder die Welle von Demagogie und Seelenmassage über den Rand des Erträglichen.

Um die Profite auf höchstem Niveau zu stabilisieren, greifen die Funktionäre der Unternehmerverbände zu dem Uraltmittel, die gewerkschaftlichen Forderungen zu vermiesen und als Ursachen für das Dilemma des kapitalistischen Wirtschaftssystems und für unternehmerische Verantwortungslosigkeit hinzustellen. Genau das soll die zur Zeit laufende demagogische Kampagne bewirken, wonach die Lohn- und Gehaltserhöhungen schuld sind an Preissteigerungen und erwarteten konjunkturellen Rückschlägen. In diese Kerbe hauen nicht nur die Unternehmer, sondern auch Bundesbankpräsident Klagen (SPD) im DB-Monatsbericht vom Februar und Wirtschaftsminister Schiller bei der Beratung des Jahreswirtschaftsberichtes 1970.

Mundgerecht serviert hat nun alle diese Argumente der neue Präsident der Unternehmer-Dachorganisation (BDA), Otto Friedrich, in einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter. Der Extrakt des Schreibens vom 3. März lautet: Die gegenwärtigen Lohn- und Gehaltserhöhungen treiben die Preise, gefährden die Konjunktur und die Arbeitsplätze; sie nützen den Arbeitern nichts, da einerseits das Finanzamt sofort höhere Steuern kassiert und andererseits der Unternehmer die Lohnerhöhungen über höhere Preise wieder zurückholt.

**Das ist blanke Demagogie und Hohn von Leuten, die um die Machtverteilung im Lande wissen. Etwa nach dem Motto: Nun hört doch endlich auf, ihr Arbeiter und Angestellten, euren Anteil zu fordern; er wird euch doch wieder abgezwickelt!** Zwar stellt Friedrich die Dinge so dar, als seien Preis-erhöhungen nach Lohn- und Gehalts-

erhöhungen eine selbsttätige Zwangsläufigkeit, wie ein Naturgesetz, das auf den Tag die Nacht bewirkt. Aber Preise werden von Menschen — Unternehmern und ihren Managern bzw. Politikern — festgesetzt und können bestenfalls die Profitspannen verkleinern, und das auch nur vorübergehend, weil die alljährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität die Profitquellen immer üppiger sprudeln läßt.

Wenn dennoch Unternehmerfunktionäre und Politiker von den Arbeitnehmern verlangen, auf ihre verdiente Einkommenssteigerung zu verzichten, weil sonst die Preise steigen, so heißt das — mal ganz simpel formuliert: Da das Profitstreben bei uns geheiligt ist, auch wenn es die Volkswirtschaft gefährdet, und weil darum von Unternehmern verantwortungsvolles Wirtschaftsverhalten nicht verlangt werden darf, müssen eben die Arbeiter und Angestellten auf berechnete Ansprüche verzichten.

Es ist klar, daß die Werktätigen und ihre Gewerkschaften sich darauf nicht einlassen können und werden. Im übrigen ist die Behauptung, daß die Lohnerhöhungen die Lohnkosten in der Produktion derartig hochdrücken, daß Preiserhöhungen unvermeidlich sind, eine nachweisliche Lüge. In einem Schreiben an den Bundesbankpräsidenten hat der Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im DGB, Georg Neemann, am 5. März darauf hingewiesen, daß das Lohnkostenniveau in der Industrie in den letzten Monaten nicht höher war als 1966. Das bedeutet, daß die in den letzten vier Jahren erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhungen voll aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität gedeckt werden konnten. Die trotzdem erfolgten Preissteigerungen haben die Profitspannen der großen Unternehmen noch mehr aufgebläht.

Aus alledem folgt, daß die Gewerkschafter nicht den leisesten Grund haben, von irgendwelchen Forderungen abzulassen. Vielmehr ist der Nachholbedarf sehr groß. Die gegenwärtige Lohnbewegung muß mit aller Kraft und ohne falsch verstandene politische Loyalität zur SPD-geführten Regierung durchgestanden werden. Und überdies ist es höchste Zeit, daß die Großunternehmer von den Schalthebeln der Wirtschaft durch Mitbestimmung der Gewerkschaften zurückgedrängt werden, damit auch die Arbeiter, die Betroffenen, die Preise kontrollieren können. Gerd Siebert

## Tarifverträge im Versicherungswesen gekündigt

Die Gewerkschaften HBV, DAG und einige Splitterverbände haben die Gehaltstarifverträge für die 180 000 Angestellten des privaten Versicherungsgewerbes zum 31. März 1970 gekündigt. Die DGB-Gewerkschaft HBV tritt am 18. März mit dem zuständigen Unternehmerverband in Verhandlungen über eine Erhöhung der Gehälter und weitere Forderungen ein. HBV und DAG haben bislang über die Höhe der Gehaltsforderung noch nichts mitgeteilt. Die Gewerkschaft HBV erklärte dazu, sie werde unmittelbar vor Verhandlungsbeginn die Höhe der Gehaltsforderung bestimmen.

Die Gewerkschaften HBV und DAG wollen neben der Gehaltserhöhung eine Reihe weiterer tarifpolitischer Fragen klären, so u. a. die Verkürzung der Berufsjahr-Staffel, den Abschluß eines Rationalisierungsschutzabkommens, die Tarifierung der zweiten Hälfte des 13. Monatsgehältes, den Fortfall des Ortsklassenabschlages und die Erhöhung der Spesensätze im Außendienst.

## Bankgewerbe: Nur 7 Prozent Gehaltserhöhung

Für die Beschäftigten des privaten Bankgewerbes in der Bundesrepublik ist am 1. März 1970 eine Gehaltserhöhung um 7 Prozent wirksam geworden. Diese Gehaltsaufbesserung ist offensichtlich darum so gering ausgefallen, weil die an den Verhandlungen mit dem Unternehmerverband beteiligten Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen und Deutsche Angestelltengewerkschaft sich auf eine sogenannte vermögenswirksame Leistung in Höhe von 13 DM monatlich bzw. 156 DM jährlich eingelassen haben. Diese Zwangssparrate verminderte entsprechend die Gehaltserhöhung, die mindestens 60 DM im Monat betragen soll.

Ferner vereinbarten die Tarifparteien den Fortfall des Ortsklassenabschlages von 2 Prozent, so daß es jetzt einheitliche Gehaltssätze gibt. Außerdem sollen künftig zwei Sonnabende nicht auf den Urlaub angerechnet werden.

## Freizeitversicherung für Lederarbeiter

Als fünfte Gewerkschaft hat die Gewerkschaft Leder im DGB für ihre rund 62 000 Mitglieder eine sogenannte Freizeitversicherung abgeschlossen. Der Versicherungsschutz tritt am 1. Juli 1970 in Kraft und bezieht sich auf alle Unfälle, für die nicht die Berufsgenossenschaft aufkommt, so z. B. Unfälle im Haushalt, im Straßenverkehr, beim Sport und im Urlaub.

# Chemie-Tarifrunde beginnt

## Lohn- und Gehaltsforderungen um 15 Prozent Gewerkschaft legt Grundsätze zur Tarifpolitik vor

Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik hat Ende Februar in einer Erklärung die Grundsätze für die Tarifpolitik 1970 fixiert. In der chemischen Industrie der Bundesrepublik sind die meisten regionalen Tarifverträge bereits gekündigt und die Verhandlungen über die Lohn-, Gehalts- und Nebenforderungen der Gewerkschaft angelaufen. Ausdrücklich erklärt die IG Chemie-Papier-Keramik ihre Entschlossenheit, nur solche Erhöhungssätze für Löhne und Gehälter zu vereinbaren, die den durchschnittlichen Ergebnissen der chemischen Industrie entsprechen und deutlich über den Erhöhungssätzen des Durchschnitts der Gesamtindustrie liegen. In der chemischen Industrie sind rund 530 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Orientierungspunkte für die angelaufene Lohnrunde sind für die IG Chemie einmal die vorausgeschätzte Zuwachsrates des privaten Verbrauchs von 7 Prozent, der infolge auf 3 bis 4 Prozent geschätzter Preissteigerungen eine Erhöhung des Nettoeinkommens von 10 bis 11 Prozent im Jahresdurchschnitt 1970 erforderlich mache. Außerdem sei zu berücksichtigen, so erklärt der Hauptvorstand, daß die Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer schneller steigen müssen als die der Unternehmer, wenn Wachstum und Stabilität der Wirtschaft gewahrt werden sollen. Von 1965 bis 1969 seien die Bruttoeinkommen der Arbeiter und Angestellten nur um 29,7 Prozent und die der Unternehmer jedoch um 40,7 Prozent gestiegen. Dieser Unterschied müsse im absehbaren Zeitraum ausgeglichen werden.

Neben den allgemeinwirtschaftlichen Prognosen und Fakten spiele die wirtschaftliche Situation der chemischen Industrie eine entscheidende Rolle bei den Forderungen der IG Chemie. Da die chemische Industrie weiterhin in einer Phase der Mengenkonjunktur mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten sei, müßten die tariflichen Abschlüsse dieser Spitzenstellung entsprechen. Die anzustrebende Lohn- und Gehaltserhöhung in der chemischen Industrie müsse deutlich über den durchschnittlichen Zulagen der Gesamtindustrie liegen.

In der gegenwärtigen Tarifrunde will die IG Chemie - Papier - Keramik besonderes Augenmerk auf die Überwindung des Auseinanderklaffens von Effektiv- und Tarifverdiensten legen. Zu diesem Zweck wird eine „betriebsnähere Tarifpolitik“ angestrebt.

Die IG Chemie im Bezirk Hessen hat in dieser Richtung bereits einen konkreten Vorstoß unternommen. Zunächst will die Gewerkschaft in den Firmen Merck, Degussa, Caltex, Cassella, Glanzstoff und Farbwerke Hoechst zusätzlich und als Bestandteil der allgemeinen Tarifverträge Firmenverträge abschließen, mit denen ein Teil der zusätzlichen Bezahlung tarifvertraglich abgesichert werden soll. Es ist u. a. auch an die Vereinbarung

von Sparbegünstigungen, Jahresabschlußprämien und dergleichen gedacht.

Generell hat der Bezirk Hessen der IG Chemie die Erhöhung der Löhne um 65 Pfennig je Stunde, das sind durchschnittlich 14,6 Prozent, und der Gehälter um 12,5 Prozent gefordert. Wie aus Westfalen verlautet, fordern dort die Beschäftigten der chemischen Industrie 15 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung.

Außer in Hessen sind die Tarifverträge in Nordrhein und Rheinland-Pfalz, wo sich die großen Chemiekonzerne befinden, sowie im Ruhr-Lippe-Gebiet zum 31. März gekündigt. In den Bezirken Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordbaden - Nordwürttemberg, Südwürttemberg-Hohenzollern und West-Berlin laufen die Lohn- und Gehaltstarifverträge zum 30. April aus. Westfalen, Bayern und Südbaden folgen zum 31. Mai und das Saargebiet zum 31. Juli 1970.

Die Beschäftigten in der chemischen Industrie und die Chemiegewerkschafter müssen sich darauf einstellen, daß es in der diesjährigen Tarifbewegung zu besonders harten Zusammenstößen mit den Unternehmern kommen kann. Denn Unternehmer und Bundesregierung sind bestrebt, die Lohn- und Gehaltserhöhungen so niedrig wie möglich zu halten, um das hohe Niveau der Profitzunahme nicht zu gefährden. Die vom Hauptvorstand der IG Chemie - Papier - Keramik aufgestellten Grundsätze und Überlegungen zur Tarifpolitik sind völlig berechtigt und erfordern darum auch eine konsequente Politik und Mobilisierung der verfügbaren gewerkschaftlichen Kräfte zu ihrer Verwirklichung.

K. Kilian

## Hamburger Lehrer wollen streiken

In einer Urabstimmung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) haben sich in Hamburg 78,7 Prozent der beteiligten Lehrer für

einen Warnstreik entschieden. In Hamburg sind rund 70 Prozent der Lehrer Mitglied der GEW. An der Urabstimmung nahmen mehr als 90 Prozent dieser Lehrer teil. Ob der Streik stattfindet, wird von der Gewerkschaft von dem Ergebnis ihrer Verhandlungen mit dem hamburgischen Senat abhängig gemacht.

Die angekündigte Kampfmaßnahme der Lehrer gilt weniger der Verbesserung ihrer Gehälter als den katastrophalen Zuständen auch im Bildungswesen Hamburgs. Solche Aufgaben wie Vorschulzerziehung, Differenzierung, Neigungskurse, Kleinklassen, Individualunterricht, 10. Schuljahr, Senkung der Klassenfrequenzen und Weiterbildung der Lehrer können nicht in Angriff genommen werden, weil es viel zu wenig Lehrer gibt und die finanziellen Mittel, die vom Staat für das Schulwesen zur Verfügung gestellt werden, bei weitem nicht ausreichen. In West-Berlin hat die Misere im Schulwesen Anfang März zum Rücktritt des dortigen Schulsenators und zu umfangreichen Protestaktionen von Schülern und Lehrern geführt.

## Bauarbeiter bekommen 10 Prozent mehr

Die Tarifverhandlungen für die Arbeiter im Bauhauptgewerbe wurden Ende Februar abgeschlossen. Danach erhalten die Bauarbeiter eine Erhöhung des tariflichen Ecklohns um 7,5 Prozent ab 1. Mai 1970. Wegen der erschwerten Arbeitsbedingungen des Bauarbeiters sollen darüber hinaus weitere 2,5 Prozent Zulage gezahlt werden, so daß praktisch jeder Bauarbeiter eine Lohnerhöhung von 10 Prozent erhält. Der von zwei Unternehmervereinigungen verbreiteten Auslegung, die zusätzlichen 2,5 Prozent würden nur als „Baustellenzulage“ gelten, tritt die IG Bau - Steine - Erden entgegen.

Die Tarifparteien einigten sich ferner darauf, in den Berufsgruppenkatalog die Kategorie des „gehobenen Facharbeiters“ einzuführen. In diese Gruppe werden alle Bauarbeiter eingestuft, die eine abgeschlossene Lehre und eine entsprechende Befähigung nachweisen können. Diese Facharbeiter werden künftig 2 Prozent zusätzlich erhalten, so daß für sie die Lohnerhöhung 12 Prozent beträgt. Der neue Tarifvertrag gilt bis zum 30. April 1971. Die Tarifparteien haben eine Erklärungsfrist bis zum 20. März vereinbart. Wenn seitens der Unternehmer kein Einspruch erfolgt, treten diese Vereinbarungen zum vorgesehenen Termin in Kraft. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem 20. März auch für die Angestellten im Bauhauptgewerbe ein neuer Gehaltstarifvertrag vereinbart wird.

# Erfolg für Textilarbeiter

Zu einer ersten tarifpolitischen Einigung im Bereich der Textilindustrie kam es am 8. März in Hessen. In regionalen Verhandlungen zwischen der hessischen Textilindustrie und der Gewerkschaft Textil-Bekleidung wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, der am 1. April in Kraft tritt und die Erhöhung des Tarifstundenlohnes zwischen 42 und 50 Pfennig sowie der Gehälter um 12 Prozent und der Lehrlingsvergütung um 20 bis 30 D-Mark vorsieht. Die Gewerkschaft hatte eine Lohnerhöhung von 60 Pfennig, das wären 14 bis 17 Prozent gewesen, gefordert.

Außerdem tritt in der Textilindustrie die schon früher vereinbarte Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich ebenfalls am 1. April in Kraft. Ebenso wie in Hessen laufen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein, Nordbayern, Südbayern, Hamburg und Schleswig-Holstein Tarifverhandlungen. Hier laufen die alten Verträge noch bis zum 30. April. In Niedersachsen/Bremen sind die Verträge zum 31. Mai und in Westfalen zum 30. Juli 1970 gekündigt.

In der Bekleidungsindustrie haben bisher zwei zentrale Verhandlungen

über die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung für die 380 000 in dieser Branche beschäftigten Arbeiter und Angestellten stattgefunden. Auch in diesem Bereich fordert die Gewerkschaft Lohnerhöhungen um 60 Pfennig die Stunde und eine entsprechende Aufbesserung der Gehälter. In dem zweiten Gespräch der Tarifparteien am 4. März boten die Unternehmer nur 9 Prozent, die von der Gewerkschaft abgelehnt wurden. Die nächsten Verhandlungen sollen am 21. März stattfinden. Die Gewerkschaft will versuchen, den Tarifvertrag für die Bekleidungsindustrie ohne feste Laufzeiten abzuschließen.

Für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie ist die Situation außerordentlich günstig. Die Textilindustrie, die Bekleidungsindustrie und der Textileinzelhandel hatten 1969 einen Umsatzzuwachs zwischen 10,6 und 11 Prozent aufzuweisen. Entsprechend sind auch die Gewinnerlöse der Unternehmer gestiegen. Da in der Textil- und Bekleidungsindustrie die Lohn- und Gehaltssumme im Durchschnitt nur 21,5 Prozent des Umsatzes ausmacht, ist der Spielraum für die Realisierung der Gewerkschaftsforderung außerordentlich groß.

## IG Bergbau fordert tarifliche Verbesserungen

In einer tarifpolitischen Stellungnahme hat der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie Ende Februar die tarifpolitischen Ziele des laufenden Jahres abgesteckt. Eine „spürbare prozentuale Lohn- und Gehaltserhöhung“ wird darin für 1970 das Ziel Nr. 1 genannt. Über die Höhe der Lohn- und Gehaltsforderung wurde jedoch noch nichts mitgeteilt. Außerdem verlangt die IG Bergbau die tarifvertragliche Absicherung des Weihnachtsgeldes. Stufenweise soll aus dem Weihnachtsgeld ein zusätzliches 13. Monatseinkommen für die im Bergbau Beschäftigten entwickelt werden. Die Gewerkschaft fordert schließlich die Überprüfung der Regelung bezüglich der sogenannten Hausbrandkohle, die Bergarbeiter zusätzlich zum Lohn erhalten. Wer Anspruch auf Hausbrandkohlen hat und in seiner Wohnung mit Gas heizt, muß statt Kohlen Anspruch auf ein entsprechendes „Energiegeld“ zugestanden bekommen, fordert die IGBE.

Der Hauptvorstand teilte über den Zeitpunkt der tarifpolitischen Initiativen allerdings nichts mit. Wie aus Kreisen des Vorstandes verlautet, ist

beabsichtigt, zunächst noch kurzzutreten, bis im Sommer die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen beendet sind. Der IGBE-Hauptvorstand glaubt nämlich, daß eine Tarifbewegung im Bergbau den Wahlchancen der SPD schaden könne und neigt dazu, aus diesem Grunde die Vertretung der berechtigten Interessen der Bergarbeiter hintenanzustellen. Andererseits ist es eine bekannte Tatsache, daß die Bergarbeiter infolge des Steinkohlenmangels und der anhaltenden Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Bergbau fortwährend zur Steigerung ihrer Leistung gezwungen werden. Diese Tatsache rechtfertigt nicht nur die sofortige Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie Realisierung der angestrebten weiteren Verbesserungen, sondern sie bietet auch noch günstige Bedingungen für die Durchsetzung dieser Forderungen. Sie sollten darum unverzüglich genutzt werden.

## Skandalöse Bedingungen für ausländische Arbeiter

Die Mehrheit der 1,6 Millionen ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik hat nicht nur die gefähr-

lichsten, schwersten sowie schmutzigen Arbeiten auszuführen und befindet sich in den niedrigsten Hilfsarbeiterlohngruppen, sondern haust auch in menschenunwürdigen Unterkünften. Das brachte eine von der Gewerbeaufsicht in Nordrhein-Westfalen auf 23 000 Baustellen durchgeführte Kontrolle der „Gastarbeiterunterkünfte“ zutage. Obwohl die gesetzlichen Vorschriften aus dem Jahre 1934 (!) primitivste Anforderungen vorsehen, registrierten die Beamten der Gewerbeaufsicht mehr als 100 000 Beanstandungen.

Über die vorgefundenen Mißstände berichtete die „Frankfurter Rundschau“ am 21. 2. 1970. „Da hausten Gastarbeiter in windschiefen Bauwagen und -buden, in Kellern von Neubauten, schliefen auf zerlumpten Lagern, auf Fußböden, Tischen und Bänken, neben feuergefährlichen Kochstellen und zwischen herumliegenden Abfällen. Mitunter fehlten Stühle, Fenster oder zumindest ausreichende Frischluftzufuhr. Die Behausungen waren zum Teil überbelegt... Für diese miserablen Unterkünfte haben manche Arbeiter auch noch einen Mietzins von ihrem Lohn abzutreten.“

Aus Angst, ihre Arbeit und Aufenthaltsgenehmigung zu verlieren, scheuen sich die meisten ausländischen Arbeiter, sich über diese Zustände zu beschweren. Hier müssen die Gewerkschaften helfen. Um so verständlicher ist es, wenn der zuständige Fachreferent beim DGB-Bundesvorstand, Richter, erklärt, Mißstände seien „nicht die Regel“. Wenn schon die Gewerbeaufsicht allein in Nordrhein-Westfalen mehr als 100 000 Beanstandungen feststellt, sind das keine Ausnahmen. Pet.

## Fast 1,6 Millionen Arbeiter aus dem Ausland

Die Zahl der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik ist bis Januar 1970 um fast 440 000 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat auf 1 575 000 gestiegen. Während der Anteil der Italiener und Spanier zurückging, ist der Anteil der Jugoslawen und der Türken deutlich gestiegen. Der Anteil der Griechen ist nur ganz leicht gesunken.

## Neuer Werbeerfolg der IG Metall

Im Jahre 1969 hat sich der Mitgliederstand der IG Metall um 106 000 oder 5,4 Prozent auf 2 070 980 erhöht. Das teilte die Gewerkschaft jetzt mit. Damit erreichte die Mitgliederzahl einen neuen Rekordstand. Erstmals hatte die IG Metall 1965 mehr als 2 Millionen Mitglieder. Im Jahr 1967 war infolge der Wirtschaftskrise ein Mitgliederverlust eingetreten. Schon 1968 war wieder eine leichte Zunahme zu verzeichnen.

# Viele Pläne - wenig Substanz

„Vermögensbildung“ und was dahinter steckt  
Auch IG Metall fordert 312-DM-Tarifvertrag

Dem Bundeslag liegt der Gesetzentwurf des von der Bundesregierung beschlossenen „3. Vermögensbildungsgesetzes“ zur Beschlußfassung vor. Mit diesem Gesetzentwurf wird der bisherige 312-DM-Betrag auf 624 DM erhöht und gleichzeitig ein Zulagensystem eingeführt, das die bisherigen Nachteile bei der Rentenberechnung durch das 312-DM-Gesetz beseitigt. Damit werden nach Ansicht der Regierung die Vorbehalte der Gewerkschaften aufgehoben, die dazu führten, daß die Gewerkschaften tarifliche Fixierungen sogenannter vermögenswirksamer Leistungen nur zögernd vorgenommen haben.

Bisher hatten von den 22 Millionen Beschäftigten nur 3,5 Millionen vom 312-DM-Gesetz Gebrauch gemacht, und zwar im Durchschnitt in der Höhe von 280 DM. Der Grund hierfür, so hat das Bundesarbeitsministerium vor einiger Zeit festgestellt, lag in dem zu geringen Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger, das nicht erlaubt, Sparleistungen aufzubringen.

Es gibt gar keinen Zweifel, daß die Vermögensbildung in der Bundesrepublik in einer geradezu schamlosen Weise zu einer unwahrscheinlichen Bereicherung der Produktionsmittelbesitzer geführt hat. Arbeitsminister Walter Arendt stellt in einem Artikel in der „Welt der Arbeit“ fest, daß das Produktivvermögen in der Bundesrepublik zu 70 Prozent im Besitz von 1,7 Prozent der Haushalte liegt und selbst das 624-DM-Gesetz diese einseitige Vermögensbildung keineswegs verändern kann.

Man kann dem Minister nur zustimmen, wenn er meint, daß 624 DM kein „Vermögen“ darstellen, sondern bestenfalls Sparguthaben für größere Ausgaben, die in einem Arbeiterhaushalt von Zeit zu Zeit notwendig werden. Selbst bei seiner Milchmädchen-Rechnung, wonach, wenn alle Vergünstigungen in Anspruch genommen werden, 624 DM pro Jahr im günstigsten Falle in zehn Jahren 13 000 DM ergeben, kann nicht, wie es Walter Arendt behauptet, von größerem „Freiheitsspielraum“ geredet werden oder von einer Milderung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Lohn- und Gehaltsempfänger. Dabei müßte der Minister der Öffentlichkeit einmal vorrechnen, wie er auf diese 13 000 DM gekommen ist. Was hier Vermögensbildung genannt wird, ist in Wirklichkeit bestenfalls eine zusätzliche Sozialversicherung.

Inzwischen hat auch die IG Metall den Entwurf einer Tarifvereinbarung vorgelegt, nach der die Unternehmer, rückwirkend ab 1. Januar 1970, zusätzlich zu Löhnen und Gehältern „vermögenswirksame“ Leistungen an die Beschäftigten zahlen sollen. Es ist nicht gut vorstellbar, daß die bezirklichen Tarifkommissionen der IG Metall, die diesen Entwurf mit großer

Mehrheit gebilligt haben, ernsthaft annehmen, die Zuwendungen der Unternehmer würden, wenn sie tariflich fixiert werden, zusätzlich zu den Effektivverdiensten gezahlt. Die lohnpolitischen Erfahrungen lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß vermögenswirksame Leistungen auf Kosten der Löhne oder von Sozialleistungen des Betriebes gehen werden. Es ist eine Illusion zu glauben, daß die Einkommensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten anders als durch eine Erhöhung der Reallohne zu verbessern sind.

Eine Umverteilung der Vermögen in der Bundesrepublik kann auch nicht erreicht werden mit den zahlreichen Plänen, die alle versprechen, soziale Symmetrie zu verwirklichen, aber alle davon ausgehen, die Unternehmerprofite zu schonen. Selbst vom Vorsitzenden der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Otto A. Friedrich, liegt ein Vermögensbildungsplan vor, zweifellos weil sogar die Unternehmer die Disproportion in der Eigentumsverteilung für gefährlich halten.

Der Direktor der Daimler-Benz-Werke in Stuttgart, H. M. Schleyer, einer der größten Scharfmacher im Unternehmerlager, hat vor einiger Zeit erklärt, wer „unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ verteidigen wolle, müsse für eine breite Vermögens- und Eigentumsverteilung mit allem Nachdruck eintreten. Aber er versteht darunter nicht solche Vorschläge, „die sich von unserer Gesellschaftsordnung grundlegend entfernen, indem sie z. B. das Privateigentum an den Produktionsmitteln in Frage stellen“. Das heißt also, die sogenannte Vermögensbildung für Arbeitnehmer darf nicht an den Profiten der Unternehmer rütteln, sie soll vor allem dazu dienen, den gewerkschaftlichen Forderungen nach Ausweitung der Mitbestimmung entgegenzuwirken.

Der Plan des Unternehmerpräsidenten Friedrich ist auch dementsprechend. Er sieht vor, daß die Unternehmer vom Staat Steuervergünstigungen erhalten, und dafür in gleicher Höhe Schuldscheine in einen Fonds abführen. Die Arbeiter und Angestellten können dann aus diesem Fonds nach

gestaffeltem Sozialrabatt Zertifikate kaufen. Das bedeutet, daß die Finanzierung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch die eigenen Ersparnisse und mit Hilfe des Staates erfolgt und nicht auf Kosten der Unternehmerprofite.

Von gleicher Qualität ist der sogenannte Burgbacher-Plan der CDU. Danach soll der Unternehmer auf Grund eines Gesetzes jedem Arbeitnehmer monatlich 20 Mark auf ein Bankkonto überweisen. Die Bank kauft von diesem Geld Aktien oder Investment-Zertifikate und nimmt sie mit einer Sperrfrist von sechs Jahren für die Arbeitnehmer in Verwahrung. Diese gesetzliche Leistungspflicht kann durch Tarifverträge abgelöst werden. Daneben sieht der Burgbacher-Plan eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, u. a. die Gründung einer Investment-Beteiligungsbank. Daß mit den Vorstellungen Burgbachers keine Vermögensbildung für Arbeiter und Angestellte erreicht wird, sondern bestenfalls ein Zwangssparsystem aufgebaut wird, liegt auf der Hand.

Wenn überhaupt, dann sind für die Gewerkschaften der Krelle- bzw. Gleitze-Plan interessant. Beide sehen vor, daß ein Teil des Bruttogewinnes der Unternehmer in Form von Schuldverschreibungen oder Bargeld an einen Fonds abgeführt wird, aus dem die Arbeiter und Angestellten unentgeltlich Anteilpapiere erhalten, die innerhalb von fünf bis zehn Jahren nicht verkauft werden dürfen. Während aber nach dem Krelle-Plan die von den Unternehmen an die Fonds abgeführten Beträge als Finanzierungsmittel der Wirtschaft zur Verfügung stehen sollen, will der Gleitze-Plan Kapitalvermögen bilden in überbetrieblichen Fonds, die als Selbstverwaltungskörperschaften der Arbeitnehmer eingerichtet werden und unter Aufsicht des Staates stehen. An der Nutznießung des Sozialkapitals und seiner Erträge sollen alle Arbeitnehmer beteiligt werden.

Was für Motive auch hinter den einzelnen Plänen stehen, eines haben sie alle gemeinsam — die bestehenden Besitz- und damit Machtverhältnisse werden nicht verändert: Im Gegenteil, das spätkapitalistische System wird stabilisiert. Alle Vermögensbildungspläne dienen der Integration der Arbeiter und Angestellten in das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, denn sie verbreiten die Illusion unter den Arbeitnehmern, sie seien jetzt an dem Produktivvermögen beteiligt.

Eine gewerkschaftliche Politik, die auf die Umverteilung des Geld- und Sachvermögens in der Bundesrepublik zielt, muß in jedem Falle der aktiven und expansiven Lohnpolitik, in Verbindung mit der Verwirklichung der Mitbestimmungsforderung, den Vorrang geben. Es geht für die Arbeiter und Angestellten nicht um neue Formen der Aufteilung des Lohnes zum

# Es geht um Verfügungsgewalt

## Anteil an den Neu-Investitionen an Fonds abführen Beitrag zur Diskussion über „Vermögensbildung“

Willi Gerns hat auf der wissenschaftlichen Tagung unserer Zeitschrift zum Thema „Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik“ im Dezember 1969 in Nürnberg Alternativen zu der vom Großkapital und seinen Handlangern betriebenen „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ zur Diskussion gestellt (vgl. NACHRICHTEN Heft 1/70, S. 10). Diese Initiative kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, zumal Unternehmer und Bundesregierung sowie Funktionäre der Gewerkschaften in diesen Wochen mit zahlreichen neuen Projekten aufwarten und mehrere tarifvertragliche Vereinbarungen auf der Basis des 312-DM-Gesetzes abgeschlossen haben.

Diese Sparförderung (oder auch Zwangssparen) hat mit einer Vermögensbildung nicht das geringste zu tun, weil mit diesen geringen Beträgen durch die Arbeiter und Angestellten kein Vermögen zu bilden ist. Wir sind mit Gerns einer Meinung, daß es für die Arbeiterbewegung darauf ankommt, die wahren Absichten, die das Großkapital mit der als Mitbestimmungersatz angepriesenen „Vermögensbildung“ verfolgt, zu entlarven. Man will den Arbeitern einmal das Gefühl geben, Miteigentümer von Produktionsmitteln zu sein und zum anderen deren Einkommen ohne ihre Einflußnahme noch stärker für Investitionen mobilisieren. Richtig erscheint uns auch der Gedanke, daß es neben der Aufklärung über Charakter und Ziele dieser systemstabilisierenden Vermögensbildung notwendig ist, im Interesse der Arbeiterklasse eigene Alternativen zu entwickeln und dafür den Kampf zu organisieren.

Um entsprechend dem DGB-Grundsatzprogramm die gegenwärtig ungerechte Einkommens- und Vermögensbildung zu beseitigen und den Anspruch der Arbeitnehmer auf Beteiligung des bereits gebildeten Vermögens zu realisieren, ist für die Ausarbeitung von Alternativen zunächst erforderlich, sich darüber Klarheit zu verschaffen, was im spätkapitalistischen System unter „Vermögen“ zu verstehen ist. Vermögen sind in erster Linie Produktionsmittel (Maschinen, Fabrikanlagen usw.) bzw. Geldkapital, das zum Ankauf von Produktionsmitteln und der

Ware Arbeitskraft durch die Vermögensbesitzer benutzt wird, Mehrwert zu realisieren, um zu einem noch größeren Vermögen zu kommen. Das Einfamilienhaus mancher Arbeiter, langfristige Konsumgüter, wie Auto oder Fernsehapparat und ein Notgroschen auf der Sparkasse, stellen kein Vermögen dar.

Bei immer stärkerer Vergesellschaftung der Produktion, insbesondere durch die wissenschaftlich-technische Revolution, befinden sich in der Bundesrepublik die wichtigsten Produktionsmittel, das entscheidende Vermögen, im Privatbesitz einer kleinen Schicht von Multimillionären und Milliardären, die sich den von den Werk tätigen geschaffenen Reichtum eignet und damit immer mehr ökonomische und politische Macht auf sich konzentriert.

Dieser Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung der Ergebnisse der Produktion muß unseres Erachtens bei allen Alternativen zur Vermögensbildung im Interesse der Arbeiterklasse der Ausgangspunkt sein. Diese Alternativen müssen dazu beitragen, daß die Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Großunternehmen in öffentliches Eigentum überführt und mit der Mitbestimmung der Arbeiterklasse die Macht des jetzt alles beherrschenden Großkapitals zurückgedrängt wird. Natürlich ist damit der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung noch nicht beseitigt, aber es entstehen günstigere Kampfpositionen, um die Macht der Monopole ganz zu brechen.

Sicher sollen die von Willi Gerns dargelegten drei „unumstößlichen Grundsätze“ auch diesem Ziel dienen. Wir halten es aber für problematisch, wenn dabei die „vermögenswirksamen Leistungen für Arbeiter und Angestellte“ als „zusätzlich zu den Lohn- und Gehalterhöhungen“ im Zusammenhang gesehen werden. Bei jeder Lohnbewegung werden die Gewerkschaften den Unternehmern immer nur soviel abringen, wie sie kampfstark sind. Es besteht bei einer

solchen Regelung die Gefahr, daß diese „zusätzlichen Leistungen“ die Löhne und Gehälter schmälern, ohne daß die Arbeiterklasse einen Teil von dem Profit erhält, den die Unternehmer akkumulieren.

Es wäre wohl richtiger, wenn von den Neu-Investitionen der Unternehmer, je nach Unternehmensgröße, ein progressiv steigender Anteil an die von Gerns vorgeschlagenen überbetrieblichen Fonds übereignet wird. Damit könnte die Verfügungsgewalt über Teile des Konzernkapitals im wachsenden Umfange den Großunternehmern entzogen werden. Diese Beteiligung an der Akkumulation müßte durch ein entsprechendes Gesetz für eine wahrhafte Vermögensbildung der Arbeiterklasse geregelt werden oder könnte durch tarifvertragliche Vereinbarungen zustande kommen.

Die Fonds, die der Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften unterstehen sollen, werden der von Willi Gerns entwickelten Aufgabenstellung (Ergänzung zur Mitbestimmung und Kontrolle für die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals) schwerlich nachkommen können, wenn sie als Kollektiv zusammengefaßtes „Privateigentum an den Produktionsmitteln“ bestimmter Arbeiter und Angestellter betrachtet werden. Die Fonds sollten von vornherein eine Art gesellschaftliches Eigentum sein, das im Interesse der ganzen Klasse gegen die Monopolherrschaft wirksam wird. Die Ausgabe irgendwelcher Aktien, Anteilscheine oder wie sie auch immer heißen mögen, schafft bei den Arbeitern ähnliche Illusionen, wie sie das Großkapital mit seiner Vermögensbildung nährt.

Wir stimmen Willi Gerns zu, daß die Möglichkeiten der Vermögensbildung selbst im günstigsten Falle im System des Spätkapitalismus der Bundesrepublik äußerst begrenzt sind. Alternativen auf diesem Gebiet werden nur dann den Interessen der Arbeiterklasse dienen und der ideologischen Vernebelung der herrschenden Kreise entgegenwirken, wenn sie in ein anti-monopolistisches Gesamtkonzept eingebettet sind. Allerdings haben in diesem Gesamtkonzept der Kampf um Mitbestimmung und Überführung der Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum sowie eine demokratische Planung die Priorität.

Dr. Werner Petschick

Mit diesem Artikel von Dr. Werner Petschick setzen wir die im Februarheft mit einem Beitrag von Willi Gerns begonnene Diskussion um die sogenannte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand fort. Wir bitten um Zuschriften zu diesem aktuellen gesellschaftspolitischen Thema.

D. Red.

Zwecke des Konsums und der Zwangssparung, sondern um die Umverteilung der Unternehmerrgewinne. Vermögenspolitik hat für Arbeiter und Angestellte nur dann einen Sinn, wenn der Kampf für einen höheren Anteil am Volksvermögen verbunden ist mit dem Kampf um die Zurückdrängung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Konzerne und Monopole in der Bundesrepublik.

H. S.

# Wirtschaft im Teufelskreis

## Konjunktur zwischen Hektik und Stagnation Wie geht es weiter? — Eine kritische Analyse

Das Jahr 1969 hatte einen neuen Höhepunkt der konjunkturellen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik gebracht. Im Durchschnitt des Jahres war die Industrieproduktion um mehr als 13 Prozent gewachsen und hatte damit die stärkste Zuwachsrate seit Mitte der 50er Jahre erreicht. Die Auftriebstendenz wäre sogar noch stärker gewesen — allein im I. Quartal 1969 hatte das industrielle Wachstum schon 16 Prozent betragen —, doch sie stieß auf den hohen Auslastungsgrad der Kapazitäten in den Industriezweigen, die besonders stimulierend auf die Konjunktur wirken.

Dennoch herrschte über diese Entwicklung keineswegs überall ungeteilte Freude. Wirtschaftsminister Schiller hatte für 1969 einen „Aufschwung nach Maß“ bei „Preisstabilität“ und „sozialer Symmetrie“ in der Einkommensentwicklung versprochen. Statt dessen aber war der Boom den „Steuermännern“ der Konjunktur aus den Händen geglitten, hatte eine Preiswelle ausgelöst, die ihren Höhepunkt noch immer nicht erreicht hat, und führt über eine im Rekordtempo vorangetriebene Kapitalakkumulation dazu, daß sich der relative Anteil der Werktätigen an dem von ihnen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum noch verminderte. Unter anderem kam dies in der Produktionsentwicklung darin zum Ausdruck, daß die Investitionsgüterindustrien sich doppelt so schnell entwickelten wie die Verbrauchsgüterindustrien.

An dieser Tatsache zeigte sich aber nicht nur das ausgesprochene Mißverhältnis zwischen der Profit- und der Lohnentwicklung sowie die unerhörte Investitionswelle als äußeres Kennzeichen der Kapitalakkumulation, hier kam auch die forcierte Außenwirtschaftsexpansion zum Ausdruck. Im Durchschnitt der gesamten westdeutschen Industrie wurden 20 Prozent des Gesamtsatzes in das Ausland exportiert. Bei einigen wichtigen Bereichen war die Exportquote noch wesentlich höher. So betrug sie z. B. bei der Eisen- und Stahlindustrie rund 24 Prozent, bei der chemischen Industrie 30 Prozent, beim Maschinenbau etwa 40 und bei der Pkw-Produktion sogar mehr als 60 Prozent. Die Verbrauchsgüterindustrie blieb allerdings auch im Exportgeschäft zurück. Ihre Exportquote betrug nur etwa 11 Prozent, bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie waren es gar nur 2 Prozent.

Insgesamt ein Fünftel der westdeutschen Industrieproduktion des Jahres 1969 wurde demnach nicht auf dem Binnenmarkt, sondern auf den Außenmärkten realisiert — zu einem bedeutenden Teil bedingt durch die soziale Asymmetrie in der Einkommensentwicklung. Eine weitere wichtige Rolle für die Exportoffensive spielte aber auch die Tatsache, daß sich alle bedeu-

tenden kapitalistischen Staaten der Welt, die zu den Haupthandelspartnern der Bundesrepublik gehören, im Jahre 1969 ebenfalls in einer konjunkturellen Aufschwungphase befanden. Ihre expandierenden Märkte waren für die westdeutschen Konkurrenten insofern relativ leicht zu erobern, als es den staatsmonopolistischen Maßnahmen in diesen Ländern nicht gelang, das Inflationstempo spürbar zu drosseln und die westdeutschen Monopole im Laufe des Jahres 1969 einen immer deutlicher zu spürenden Währungsvorteil gegenüber ihren Konkurrenten errangen.

Ihren Niederschlag fand diese Entwicklung in einem extrem hohen Überschuß an Exporten und Dienstleistungen in der westdeutschen Außenwirtschaftsbilanz. Deren Saldo war zu Anfang des Jahres 1969 von Schiller auf 12 Milliarden DM geschätzt worden, am Jahresende schloß er tatsächlich mit einem Überschuß von 15,5 Milliarden DM ab. Diese starke Steigerungsrate war unter anderem einer der Anstöße für die schließliche Aufwertung der DM.

In erster Linie aber bildeten die hohen Außenwirtschaftsüberschüsse des Jahres 1969 die Basis für einen bisher unerreichten Zuwachs des Kapitalexports, der gerade aus währungspolitischen Gründen — nämlich um die hohen Devisenreserven in westdeutschen Händen optisch abzubauen — nachhaltig durch staatliche Maßnahmen gefördert wurde. Besser als alle Worte wird die extreme Ausdehnung der Kapitalexporte durch die nackten Zahlen gekennzeichnet: Die privaten Netto-Kapitalanlagen im Ausland betragen im Jahre 1967 3,3 Milliarden DM, im Jahre 1968 erreichten sie die Rekordhöhe von 11,8 Milliarden DM und wurden allein in den ersten zehn Monaten des Jahres 1969 auf rund 16 Milliarden DM erhöht.

Für das Jahr 1970 ist von Wirtschaftsminister Schiller wiederum ein hoher Außenwirtschaftsüberschuß von etwa 11 Milliarden DM angenommen worden. Und zwar darum, weil die Industrieproduktion in ihrer jetzigen Struktur nicht auf dem Binnenmarkt

realisiert werden kann, der außerdem durch die langjährige Benachteiligung der Werktätigen in der Einkommensverteilung auch nicht annähernd über die nötige kaufkräftige Nachfrage verfügt.

Nun ergeben sich jedoch auf dem Außenmarkt zunehmende Schwierigkeiten, die vor allem darauf zurückzuführen sind, daß in den meisten großen kapitalistischen Staaten die konjunkturelle Entwicklung gegenwärtig nach unten gerichtet ist, in den USA zum Beispiel ausgeprägte Stagnations- und Krisenerscheinungen für 1970 unmittelbar erwartet werden. Das bedeutet aber eine wesentlich verlangsamte Expansion des Außenmarktes sowie einen zunehmend härter werdenden Konkurrenzkampf, da sich die Regierungen der betreffenden Länder bemühen werden, die Konkurrenzfähigkeit ihrer eigenen Wirtschaft zu stärken.

Diese vom Außenmarkt her drohende zunehmende Labilität macht naturgemäß den Binnenmarkt interessanter, eine Tatsache, die auch in der Regierungserklärung von Willy Brandt zum Ausdruck kam, als er von der Hinlenkung der Güterströme auf den Binnenmarkt sprach. Theoretisch mag das zunächst ganz passabel klingen. Die Praxis besagt aber, daß auch eine staatlich forcierte Investitionsförderung in dem Augenblick auf ihre Schranken stößt, in dem die Produktion auf dem begrenzten Markt nicht realisiert werden kann. Dieses Faktum aber ergibt sich aus der profitorientierten Beschränkung der Massenkaufkraft.

Bis in das 2. Halbjahr 1969 eilten die Profite den Löhnen voraus. Durch die staatliche Steuerpolitik ist dabei den zurückbleibenden Löhnen sogar noch ein ständig steigender Prozentsatz weggesteuert worden, während auf die Gewinne der Unternehmer ein progressiv sinkender Steuersatz entfiel. Im Ergebnis dieser asymmetrischen Entwicklung ist der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am Sozialprodukt, der im Jahre 1966 etwa 37 Prozent betrug, bis 1969 auf 34 Prozent zurückgegangen.

Allein für das Jahr 1969 ergab sich daraus nach vorläufigen Berechnungen für die Werktätigen der Bundesrepublik ein Einkommensverlust in Höhe von etwa 11,5 Milliarden DM. Um diese Summe hätte bei einer entsprechenden Veränderung der Produktionsstruktur der Verbrauch zu gunsten des Binnenmarktes ausgeweitet werden können. Die Sorgen um die Auswirkungen der zunehmend schwieriger werdenden Außenwirtschaftssituation auf die künftige Wirtschaftsentwicklung wären wesentlich geringer.

Hinzu kommt noch, daß durch die Preistreiberien der Monopole im Zusammenhang mit der DM-Aufwertung eine Preislawine in Gang gesetzt

# Wann betriebsnahe Tarife?

## Vorstand der IG Metall bremst Initiativen Nach langen Jahren nun endlich beginnen!

In der Zeit vom 15. bis 17. Januar 1970 hatte sich der Vorstand der IG Metall zu einer Klausurtagung zurückgezogen, um auf der Grundlage des im vergangenen Jahr erstellten Arbeitsprogramms Schwerpunkte für die Tätigkeit im Jahre 1970 festzulegen. In dieser Klausurtagung sollte, ohne den Zwang einer festen Tagesordnung und dringender Termine, an einem ruhigen Ort über schwierige Fragen nachgedacht und diskutiert werden. Im Ergebnis dieser Tagung hat der Vorstand der IG Metall einen Katalog von Forderungen aufgestellt, durch dessen Verwirklichung die aktuellen und langfristigen Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten werden sollten.

So forderte er von der Bundesregierung, die Ausgaben für die Rüstung zu senken und den Preisauftrieb zu dämpfen. Es soll keinerlei Erhöhung der administrativen Preise, wie etwa für die öffentlichen Verkehrs- und Versorgungstarife, zugelassen und die Preisbindung der zweiten Hand beseitigt werden. Auch Fusionskontrolle sowie die Forderung nach Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung nach den Vorschlägen der Gewerkschaften befindet sich in diesem Katalog.

wurde, die möglicherweise alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. **Damit aber befindet sich die Regierung Brandt in einer ähnlichen Situation wie die letzte Erhard-Regierung kurz vor ihrer Bankrott-Erklärung:** Um die Inflation zu drosseln, müßte eine Politik hoher Kreditkosten eingeleitet werden, die allerdings zu entsprechenden Abstrichen bei den Investitionen führen, letztlich also das wirtschaftliche Wachstum drosseln müßte. Wird dagegen ein weiterer Kaufkraftverfall der DM in Kauf genommen und zur Ankurbelung der Investitionen die Kredite verbilligt, müßte sich dies auf etwas weitere Sicht in verminderten Exportchancen und damit wiederum in Wachstumsverlusten niederschlagen.

**Auf dem Boden der staatsmonopolistischen Konjunkturpolitik gibt es keinen Ausweg aus dem Teufelskreis von Konjunktur und Krise.** Mit staatlichen Baumaßnahmen können auch die sich bereits jetzt deutlich abzeichnenden Überkapazitäten in den exportorientierten Industriezweigen nicht beseitigt werden. Dazu sind nachhaltige strukturelle Wandlungen in der Produktionsstruktur notwendig und eine veränderte Einkommensverteilung — das aber heißt eine Orientierung der Wirtschaftspolitik an neuen demokratischen Prioritäten.

K. Kw.

Es fällt allerdings auf, daß sich der Vorstand der IG Metall schwer tut, die richtigen gewerkschaftspolitischen Schlußfolgerungen aus den Septemberstreiks zu ziehen. Zweifellos ist die Ankündigung kürzerer Laufzeiten bei Tarifverträgen eine wichtige Schlußfolgerung. Sie ist aber keineswegs ausreichend.

Der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, nahm die Vorstandstagung zum Anlaß, um heftige Angriffe auf die EntschlieÙung Nr. 15 der 7. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder zu richten. Brenner kritisierte sowohl in seinem Referat als auch in seinem Schlußwort, daß auf dieser Konferenz die EntschlieÙung ohne Diskussion und ohne Gegenstimmen angenommen wurde. Er vergaÙ allerdings dabei zu erwähnen, daß er und auch die anderen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes die Möglichkeit hatten, vor den Delegierten ihre Meinung zu sagen und dagegen zu stimmen.

**Der Kern der EntschlieÙung Nr. 15 enthält die Grundprinzipien einer aktiven Lohnpolitik sowie die entscheidenden Schlußfolgerungen aus der Lohnbewegung in der metallverarbeitenden Industrie vom August und aus den Streiks im September vorigen Jahres.** Es heißt dort: „Es sind die Voraussetzungen geschaffen, die gesamte Mitgliedschaft in die Tarifbewegung einzubeziehen und nicht auszuschalten, wie dies bei den zentralen Gesprächen und Verhandlungen der Fall war. Ohne Mitwirkung der Mitglieder dürfen keine Tarifverträge mehr abgeschlossen werden.“

Diese EntschlieÙung war von den Vertrauensleuten der Firma Opel und anderen Delegierten aus Sorge darüber eingebracht worden, daß die Ausschaltung der Mitgliedschaft von der unmittelbaren Beteiligung an der Lohnpolitik die Anziehungskraft der Gewerkschaften mindert und sogar gewerkschaftsfeindliche Stimmungen erhöht.

Es wird aber den Forderungen dieser EntschlieÙung nicht gerecht, wenn das für die Lohn- und Tarifpolitik zustän-

dige geschäftsführende Vorstandsmitglied, Hans Mayr, aus der heftigen Kritik an der mangelnden Information der Mitgliedschaft während der letzten Tarifbewegung nur den Schluß zieht, die Mitglieder der Tarifkommission schnell zu informieren. Das ist zweifellos notwendig. Aber es geht nicht nur um die Information der Tarifkommissionen, es geht auch und vor allem um die Information der Mitglieder und hier wiederum vor allem ihres Kerns, der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und ihrer Leitungen. Es geht aber noch mehr darum, Tarifkommissionen und Mitgliedschaft in allen Phasen der Lohnentwicklung in die Entscheidungen mit einzubeziehen, angefangen von der Formulierung der Lohnforderungen bis hin zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages.

Es ist unverständlich, wenn Otto Brenner heute die Forderung, „die Effektivlöhne zu Tariflöhnen“ zu machen, als utopisch abzuqualifizieren versucht, denn das Ziel einer betriebsnahen Tarifpolitik besteht doch gerade darin, die effektiven Leistungen zu tarifieren und sie in den Griff der Gewerkschaften zu bekommen. Wenn bei diesen Bemühungen noch keine volle, sondern nur eine weitestgehende Tarifierung erreicht wird, so besteht nicht der geringste Grund, gegen die Forderungen der 7. Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder von einer nicht gerechtfertigten Position aus und gegen eine volle Tarifierung zu polemisieren.

Hans Mayr wies darauf hin, daß in der Frage der betriebsnahen Tarifpolitik der Beschluß des Vorstandes vom 6./7. Januar 1965 nach wie vor gilt. In der Tat entspricht dieser Beschluß weitgehend den Anforderungen, die konzeptionell an eine betriebsnahe Tarifpolitik gestellt werden müssen. Es kann aber doch nicht übersehen werden, daß seit der Verabschiedung dieses Beschlusses nunmehr 5 Jahre und seit dem 5. Gewerkschaftstag in Nürnberg 1958, auf dem Fritz Salm erstmals den Gedanken einer betriebsnahen Tarifpolitik entwickelte, schon fast 12 Jahre vergangen sind, ohne daß ernsthafte Schritte in die Wege geleitet wurden, die Idee zur Realität werden zu lassen.

Der Vorstand der IG-Metall sollte sich angesichts der Kritik der Braunschweiger Konferenz nicht in den Schmollwinkel zurückziehen, sondern das Verlangen seiner Mitglieder zum Anlaß nehmen, die betriebsnahe Tarifpolitik gemeinsam mit der gesamten Mitgliedschaft zu verwirklichen, in die regionalen Tarifverträge Öffnungsklauseln aufnehmen und auf betrieblicher Ebene Zusatzverträge zu den bestehenden Tarifverträgen durchsetzen. Die bevorstehende Tarifbewegung sollte bereits hierzu genutzt werden.

H. Sch.

# Zum Haushaltsplan 1970

## Zu hohe Rüstungslasten, zu geringe Sozialinvestitionen Kritisches zur Finanzplanung der neuen Bundesregierung

Das „Regierungsprogramm in Zahlen“, wie Staatsbudget und Mittelfristige Finanzplanung genannt werden, zeigt deutlicher als eine „Regierungserklärung in Worten“ die wirklichen Schwerpunkte, Unterlassungen oder Richtungsmodifikationen der Politik. Gewiß lassen sich nicht nur mit Worten Sachverhalte verschleiern, sondern auch mit Zahlen; nur lassen sich Zahlenmanipulationen konkreter nachweisen.

Die CDU/CSU z. B. versuchte bislang in allen Jahresbudgets die Rüstungsausgaben durch Verstecken von Teilschritten in sachfremden Haushaltstiteln künstlich zu verkleinern, während die Sozialtitel durch Einschub verschiedener Kriegsfolgelasten künstlich aufgebläht wurden. Mit solchen Tricks sollte die verfassungsrechtlich gebotene Sozialstaatlichkeit „nachgewiesen“ werden, während man den wirklichen Charakter des annexionistischen Militärstaates verschleiern und damit die Öffentlichkeit täuschen wollte.

Leider ist auch die Finanzplanung der SPD kein „Haushalt der Wahrheit“. Neben den für 1970 direkt ausgewiesenen Rüstungslasten von 21,5 Mrd. DM — ca. 2 Mrd. DM mehr als der letzte Militäretat unter einem CDU-Kanzler! — sind bisher an direkten Rüstungslasten noch ca. 2,5 Mrd. DM in anderen Elattiteln versteckt, z. B. NATO-Beitrag, Luftschutz, Grenzschutz, Zivilschutz, militärische Forschung, Versorgungsleistungen für Soldaten, strategischer Straßenbau usw. Dazu kommt die von der NATO als „Verteidigungslast“ anerkannte Berlin-Hilfe von ca. 2 Mrd. DM und die aus Devisenreserven der Bundesbank aufgebracht und nicht im Haushalt ausgewiesenen „Devisenhilfen“ als Stationierungskosten.

Als indirekte Rüstungslasten zählen Kriegspfeerversorgung und andere Kriegsfolgelasten, die in anderen Ländern dem Militäretat zugerechnet werden. Am 15. 3. 1961 hatte Dr. Schäfer (SPD) im Bundestag erklärt, daß wir „für die indirekten Verteidigungsausgaben ungefähr noch einmal so viel ausgeben wie für die direkten“. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Rechnet man die Ausgaben für Geheimdienste und „innere Sicherheit“ mit dazu, dann erhält man eine Summe von knapp 50 Mrd. DM.

Für „soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeausgaben, Wiedergutmachung“ sind im Haushaltsgesetz 1970, Teil III, 26,9 Mrd. DM ausgewiesen. Rechnet man davon die Kriegsfolgelasten mit zusammen etwa 9 Mrd. DM ab, bleiben ca. 18 Mrd. DM für sozialpolitische Aufwendungen.

Neben der Übernahme der „frisierten Bilanz“, d. h. des von der CDU/CSU

manipulierten Haushaltes, können wir als zweites Merkmal festhalten, daß die Militär- und Rüstungslasten nach wie vor den größten Block im Haushalt 1970 ausmachen.

Zugegeben: ein neuer Trend besteht insofern, als die Rüstungsausgaben erstmals langsamer wachsen als die Gesamtausgaben, und die Sozialinvestitionen, also die Aufwendungen für Bildung und Wissenschaft, Gesundheit, Familie und Jugend, Wohnungswesen und Städtebau sowie für Arbeit und Sozialordnung insgesamt erstmals schneller wachsen als die Gesamtausgaben. Während die Gesamtausgaben bis 1973 (Basisjahr 1969) um 9 Prozent jahresdurchschnittlich steigen, werden die Rüstungslasten „nur“ um 6 Prozent, die Sozialinvestitionen jedoch um 11 Prozent angehoben. Das Bild ändert sich, wenn man die effektiven Gesamtsummen für den Planungszeitraum von 1970 bis 1973 einschließt zusammenrechnet.

Die Summen der direkt ausgewiesenen Rüstungslasten, die erkennbar verschleierte, die Devisenzahlungen an USA und Großbritannien und die Berlin-Hilfe betragen ohne Kriegsfolgelasten, also ohne die indirekten „Verteidigungsausgaben“, zusammen ca. 120 Mrd. DM. Der Sozialetat ohne Kriegsfolgelasten, die Aufwendungen für Gesundheit Familie und Jugend, für Städtebau und Wohnungswesen, für Bildung und Forschung beträgt zusammen für vier Jahre ca. 96 Mrd. DM. Die vom Bund zu tragenden Kriegsfolgelasten für die nächsten vier Jahre ergeben etwa 40 Mrd. DM.

Als drittes Merkmal ist also der neue Trend verstärkten Wachstums der Sozialinvestitionen bei verringertem Wachstum der parasitären Rüstungslasten anzumerken; dennoch bleibt im Vierjahreszeitraum trotz veränderter Tendenz der Vorrang der Rüstung noch erhalten.

Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung vom 28. 10. 1969 „größere Sicherheit bei geringerer Rüstung“ und eine ausgewogene Truppenreduzierung und Rüstungsverminderung in Ost und West als Ziel seiner Regierungspolitik angekündigt. Seine Versprechungen stehen in eklatantem Widerspruch zur Finanzpla-

nung bis 1973 und zur bisherigen Finanzpolitik. Das soll als viertes Merkmal festgehalten werden.

Seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 und seit den Vorschlägen und Theorien zur Krisenbereinigung durch den schwedischen Sozialdemokraten Gunnar Myrdal und den britischen bürgerlichen Nationalökonom J. M. Keynes gewann das Staatsbudget im Spätkapitalismus eine zusätzliche Funktion. Es entwickelt sich zum wichtigsten Steuerungsinstrument der Konjunkturschwankungen und neben der Preis-, Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik zum wichtigsten Verteilungs- und Umverteilungsmechanismus für das Nationaleinkommen.

Die Krise von 1966/67 in der Bundesrepublik wurde nicht nur vorwiegend mit haushaltstechnischen Mitteln bereinigt — was das Unvermögen des Marktes zur Selbstregulierung erneut bewies —, sondern auch auf Kosten der Arbeitnehmer und zu Gunsten der Konzerne. Bekanntlich wuchs die Arbeitsproduktivität von Ende 1966 bis Mitte 1969, also bis zu den spontanen Streiks der Arbeiter, um 22 Prozent, während die Reallohne nur um 8 Prozent, die Gewinne aber um mehr als 30 Prozent anstiegen. Allein 1968 betrug der Lohnrückstand „kostenneutral“ etwa 5,5 Mrd. DM. Die für 1970 von Prof. Schiller und Finanzminister Möller in Gang gesetzte Konjunkturdämpfung und die vorbereiteten Maßnahmen zur Krisenbereinigung im Herbst 1970 oder im Frühjahr 1971 tragen den gleichen unsozialen Charakter wie 1966/67. Das wäre das fünfte Merkmal.

Der Widerstand im DGB und in der SPD, die vor einigen wichtigen Landtagswahlen steht, gegen die unsoziale Wirtschafts- und Finanzpolitik Schillers und Möllers wächst. Der Unwille in der Arbeiterschaft gegen den anhaltenden unsozialen Trend der Verteilung des von allen geschaffenen Sozialprodukts nimmt ebenso zu, wie die Proteste der Schüler gegen den Tatbestand, daß pro Jahr 120 DM für den Soldaten und nur 4 DM für Schüler und Lehrer ausgegeben werden.

Der DGB präsentierte bereits am 14. 11. 1969 in der „Welt der Arbeit“ eine wirtschafts- und finanzpolitische Zielprojektion bis 1974, nach der der für Arbeitgeber und Rentner vorhandene Anteil am Nationaleinkommen von 17 Prozent auf 20 Prozent erhöht werden soll. Das alles ist wichtig. Entscheidend aber bleibt der gewerkschaftliche und der außerparlamentarische Kampf gegen die parasitären Rüstungslasten, gegen die unsoziale Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, für wesentlich größere Sozialinvestitionen und für den Umbau der Machtverhältnisse in der Bundesrepublik. Ohne diesen Kampf bleibt auch die SPD/FDP-Regierung ein Instrument der Konzernherren zur Sicherung von deren Macht und Interessen.

Lorenz Knorr

# Bauern als Verbündete

## Entwurf für Bauernprogramm von der DKP vorgelegt Arbeiter und Bauern haben gemeinsame Gegner

Über 200 Bauern, Arbeiter und Angestellte waren am 21. Februar zur „1. Agrarkonferenz der DKP“ nach Frankfurt/M. gekommen, um dort die „Vorschläge zu einem demokratischen Bauernprogramm der DKP“ zu diskutieren, bevor der Programmentwurf für die nächsten acht Monate der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land zur Kritik und Mitarbeit übergeben wird.

Während der Diskussion, an der sich auch Arbeiter der BASF und der Metallindustrie beteiligten, stellte sich bereits heraus, daß die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit den Bauern nicht mehr bestritten, die Bauernschaft als „nächster Verbündeter der Arbeiterklasse im Kampf zur Schaffung einer fortschrittlichen Demokratie“ erkannt sowie die Verteidigung des bäuerlichen Eigentums gegen den Zugriff des Großkapitals als ein „Grundanliegen der Kommunisten“ bezeichnet wurde.

In seinem Referat zur Begründung des Programmentwurfes erklärte das DKP-Präsidiumsmitglied Ludwig Müller u. a.: „Wir Kommunisten fühlen uns verpflichtet, besonders unter den Arbeitern und Angestellten sowie in den Gewerkschaften deutlich zu machen: nicht gegen die Bauern, sondern nur im Bündnis mit ihnen und den anderen werktätigen Schichten kann der Kampf zur Durchsetzung der Mitbestimmung, für eine Politik des demokratischen Fortschritts mit Erfolg geführt werden — können die rechtskonservativen, neonazistischen Kräfte geschlagen werden.“

Nicht selten begegnet man noch der Auffassung, daß das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft geschichtlich überholt sei und unter den Bedingungen der industriell hochentwickelten kapitalistischen Bundesrepublik keine Rolle mehr spiele. Richtig sei zwar, daß durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Zersetzung, Unterordnung und schließlich die Vernichtung der einfachen Warenproduzenten und damit auch der bäuerlichen Produktionsweise vonstatten gehe.

Wer aber von diesem Prozeß ableite, daß ein Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft nicht mehr notwendig sei, übersche, daß gegenwärtig in der Landwirtschaft noch über 2,3 Millionen Menschen tätig seien, und sie die stärkste Gruppe unter den Mittelschichten darstellen. Es könne daher der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, wohin sich diese gesellschaftlichen Kräfte orientierten. Schließlich liege die Kraft der Arbeiterklasse nicht nur in ihrer Zahl, in ihrer Bewußtheit und Organisiertheit, sondern vor allem auch darin, daß sie mit allen anderen Werktätigen ge-

meinsame Lebensinteressen habe. Sie seien die Grundlage für das politische Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.

Gemeinsamkeiten sieht der Programmentwurf vor allem darin, daß Arbeiterklasse und Bauernschaft Hauptträger der materiellen Produktion sind, beide vom Monopolkapital ausgebeutet werden, jeder fünfte Erwerbstätige der Bundesrepublik in Produktion und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in Betriebszweigen beschäftigt ist, die Landmaschinen, chemische Erzeugnisse und andere Produktionsmittel für die Landwirtschaft herstellen, und daß, auf die Dauer gesehen, die preiswerte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht von einer Landwirtschaft agrarkapitalistischer Großbetriebe unter der Regie von Nahrungsmittelindustrie- und Handelskonzernen gewährleistet wird, sondern von einer „modernen, bäuerlichen Landwirtschaft“, für die das Eigentum an Grund und Boden eine entscheidende Voraussetzung sei.

Aufgrund dieser Einschätzung gelangt die DKP in ihrem Programmentwurf zu der Schlußfolgerung: „Die fortschreitende Wissenschaft und Technik gebieten auf der Grundlage der Freiwilligkeit eine gegenseitige Hilfe der Bauern und eine breite zwischenbetriebliche und gemeinschaftliche Zusammenarbeit vor allem jener Bauern, die infolge zu kleiner Betriebe und zu kleiner Flächen in ihrer Existenz bedroht sind.“

Darüber hinaus sei es für jeden Kommunisten selbstverständlich, die einzelnen wirtschaftenden Bauern in ihrem Existenzkampf genauso zu unterstützen wie die Arbeiter in ihrem Kampf um höhere Löhne und sichere Arbeitsplätze. Das wurde besonders in der Diskussion mehrfach betont, nachdem vereinzelt die Meinung vertreten worden war, die Popularisierung genossenschaftlicher Zusammenschlüsse zum Kernpunkt des Agrarprogramms zu machen.

Die Verhältnisse in der DDR, so heißt es auch im Programmentwurf, könnten nicht schematisch auf die Bundesrepublik übertragen werden. Das brauche jedoch unsere Bauern nicht daran zu hindern, die Erfahrungen der Genossenschaftsbauern der DDR gründ-

lich auszuwerten. Die Kommunisten seien davon überzeugt, daß die endgültige Befreiung der Bauern vom großkapitalistischen Druck erst unter sozialistischen Verhältnissen möglich sei. Gegenwärtig gehe es jedoch in der Bundesrepublik um demokratische Veränderungen, um die Einschränkung der Macht der Konzerne, um die Erweiterung der Rechte der Werktätigen in Stadt und Land.

Dazu gehöre, die bisherige EWG- und NATO-Politik durch eine Politik der europäischen Sicherheit und gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen zwischen allen europäischen Staaten zum Vorteil der Völker zu ersetzen, um so auch die Voraussetzungen für die Ausschöpfung aller Produktionsmöglichkeiten unserer Landwirtschaft zu schaffen und dem steigenden Nahrungsmittelbedarf Rechnung zu tragen.

Die Konferenzteilnehmer begrüßten, daß mit dem Programmentwurf Arbeitern und Bauern eine Diskussionsgrundlage gegeben wurde, die es beiden Seiten erleichtert, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, um eine ihren Interessen dienende Agrar- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

R. Schuster

## Immer noch Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung

Seit November vergangenen Jahres warten neun Millionen Sozialrentner in der Bundesrepublik auf die von der Bundesregierung zugesagte Aufhebung des Krankenversicherungsbeitrages. Auch für den Monat März werden den Rentnern von ihrer bescheidenen Rente 2 Prozent abgezogen. Der Grund für diese Verzögerung ist die CDU/CSU, die es zwar nicht wagt, die Aufhebung des Versicherungsbeitrages der Rentner abzulehnen, aber bisher mit Erfolg die Beratung über das dazu vorliegende Änderungsgesetz in die Länge zieht.

Schiebt sich die Entscheidung um die Aufhebung des Krankenversicherungsbeitrages weiter hinaus, besteht die Gefahr, daß die 2prozentige Rentenkürzung nicht mehr rückwirkend zum 1. Januar 1970 wirksam wird. Auch die Erhöhung des Arbeitnehmerbeitrages wurde bekanntlich aus konjunkturellen Gründen vom 1. Januar auf den 1. Juli dieses Jahres verschoben, und es wäre der CDU/CSU durchaus bequem, aus den gleichen Gründen die Absetzung des Rentenbeitrages hinauszuziehen. Nicht nur die Rentnerverbände, sondern auch der DGB sollte darum mit allem Nachdruck die Parlamentarier in Bonn aufordern, endlich das Änderungsgesetz für die Aufhebung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner zu verabschieden.

Bö.

# Selbstbewußte Frauen

## Wie Arbeiterinnen in einem Schuhkombinat der DDR ihre Gleichberechtigung in der Produktion verteidigten

Es ist auch in der Bundesrepublik bekannt, daß der Prozeß der juristischen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung der Frau in der DDR unter den dort herrschenden sozialistischen Bedingungen viel weiter gediehen ist als bei uns. Dieser Prozeß wird systematisch durch den Staat und die gesellschaftlichen Organisationen, also auch die Gewerkschaften, gefördert. Daß dabei viele objektive und manchmal aber noch mehr subjektive Schwierigkeiten zu überwinden sind, ist angesichts der jahrlausendealten Deklassierung der Frau begreiflich. Wie sehr sich jedoch in der DDR Stellung und Bewußtsein der Frau gefestigt haben, schildert unser DDR-Korrespondent Roland Köster an einem höchst interessanten Vorgang im Schuhkombinat Weißenfels:

Das Schuhkombinat Weißenfels ist ein bedeutender Produzent von Fußbekleidung in der DDR — rund 75 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Hier wurde jetzt in Teilbereichen der Produktionsprozeß auf automatisierte Aggregate umgestellt. Die Bedienung der neuen Aggregate sollte nach den Plänen der Kombinatiisleitung in die Hände von Männern gelegt werden. Aber damit gaben sich die Frauen nicht zufrieden. Sie mobilisierten den Frauenausschuß der Gewerkschaft, und dieser machte der Betriebsgewerkschaftsleitung Vorschläge, wie auch Frauen und Mädchen für die moderne Technik vorbereitet und eingesetzt werden können.

Die BGL bedrängte die Kombinatiisleitung. Dort gab es Einwände. Muß nicht die hochproduktive und teure

einandersetzung. Einige von ihnen gaben der Verteidigung der getroffenen Entscheidung den Ausdruck besonderer Rücksichtnahme auf die Frauen: „Die Formen, die an dem Aggregat einige Male am Tage auszuwechseln sind, wiegen immerhin dreißig Pfund — das übersteigt doch eure Kräfte!“

Das Gegenargument der Frauen: „Erstens arbeiten wir ja mit Männern zusammen an diesem Aggregat, oder versteht ihr die Gleichberechtigung so, daß wir die für kurze Zeit anfallende körperlich schwere Arbeit, ihr aber die sonst viel leichter gewordene Tätigkeit verrichtet? Und schämt ihr euch nicht, uns den Formwechsel überhaupt zuzumuten? Wie haltet ihr es eigentlich daheim, lastet ihr da die schwerste Arbeit auch euren Frauen auf?“

Einer der Männer hatte den nicht gerade erfreulichen Mut zu sagen: „Daheim ist das wohl was anderes. Hier geht es um Arbeit, für die an diesem Aggregat alle das gleiche Geld bekommen sollen, und da sind dann die Männer im Nachteil!“ Darauf die Frauen: „Zu Hause bist du also Kavaller, und was bist du hier? Was ist das für eine Moral? Und was den Nachteil betrifft: Alle Frauen hier haben Familie wie du, aber von der ‚zweiten Schicht‘, die die Frau im Haushalt zu leisten hat, wird nur ein Fünftel von den Männern übernommen. Wer ist denn da noch im Nachteil?“

Eine repräsentative Untersuchung in der DDR hat nämlich ergeben, daß die Arbeitsteilung in den Familien im Durchschnitt noch so aussieht, daß 80 Prozent der anfallenden Hausarbeiten — und das sind etwas über fünf Stunden täglich — von den Frauen erledigt werden, während der Mann daran erst mit 20 Prozent beteiligt ist.

Auf der Frauenversammlung während der Gewerkschaftswahlen im Schuhkombinat Weißenfels konnte jetzt die Betriebsgewerkschaftsleitung berichten, daß die Auseinandersetzung zu Gunsten der Frauen ausgenommen ist. Frauen sind ebenso wie Männer an den neuen Aggregaten tätig und lel-

sten keineswegs weniger. Gleichzeitig mußte die Kombinatiisleitung auf dieser Versammlung vor den Gewerkschafterinnen des Betriebes Rechenschaft ablegen, wie sie ihrer Verpflichtung nachgekommen ist, Frauen und Mädchen für leitende Tätigkeiten zu qualifizieren.

Danach sieht es im Kombinat Weißenfels zur Zeit so aus: Von den 16 Direktoren sind 2 Frauen, von 5 Produktionsstättenleitern sind 3 Frauen, von 10 Obermeistern sind es 4, von 65 Meistern 27 und von 28 Lehrmeistern sind 23 Frauen. Von den 15 Hochschulabsolventen im Betrieb sind 4 Frauen und von 79 Fachschulabsolventen 14 Frauen.

Dieser Stand zeigt bereits bedeutende Fortschritte gegenüber früheren Jahren, als die verantwortlichen Tätigkeiten nahezu ausschließlich in den Händen der Männer lagen. Er entspricht jedoch keineswegs den Anforderungen, die an einen Betrieb zu stellen sind, in dem von vier Beschäftigten drei Frauen sind. Die Überwindung dieses Verhältnisses ist allerdings nur schrittweise möglich, nämlich in dem Maße, wie Frauen und Mädchen alle jene Voraussetzungen erwerben, die sie zur effektiven Ausübung von Leistungsaufgaben befähigen. Es handelt sich also um eine langfristige Arbeit. Die Möglichkeiten und Voraussetzungen dazu sind in der DDR geschaffen, und die Gewerkschaften legen besonderes Augenmerk darauf, daß sie stärker von den Frauen genutzt und noch verbessert werden. R. K.

## Viele Frauen in der DDR sind Abgeordnete

Außer den Gewerkschaftswahlen, die bis Mai in den Betrieben und Gewerkschaften der DDR stattfinden, sind es zur Zeit die Kommunalwahlen, die die Aufmerksamkeit und Aktivität der DDR-Gewerkschafter in Anspruch nehmen. Hunderttausende Gewerkschaftsmitglieder sind Kandidaten für die Gemeindevertretung, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage, die am 22. März gewählt werden. Der Anteil der Frauen in den kommunalen Parlamenten ist bemerkenswert hoch.

Bei den letzten Kommunalwahlen in der DDR betrug der Anteil der Frauen an den Abgeordnetenmandaten der Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der Stadtkreise 31 Prozent, bei den Stadtverordnetenversammlungen der Städte und den Gemeindevertretungen waren es 25,1 Prozent und bei den Stadtbezirksversammlungen der sieben Großstädte mit Stadtbezirken 31,4 Prozent. Für die bevorstehenden Wahlen haben die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen Frauen und Mädchen, die gerade in der Gewerkschaftsarbeit ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt haben, in großer Zahl vorgeschlagen.

## Besser informiert durch NACHRICHTEN

Technik voll ausgelastet werden, und stellt die Frau dafür nicht insofern ein Risiko dar, als sie durch eigene Krankheit oder durch Krankheit der Kinder „ausfallen“ kann? Das waren die Bedenken der Kombinatiisleitung.

Interessant die Gegenargumente der Frauen, die von Selbstbewußtsein zeugen: „Erstens: Werden Männer nicht auch mal krank? Zweitens: Haben kranke Kinder denn nur Mütter und nicht auch Väter, die dann genauso für sie verantwortlich sind? Und weiter: Wo steht geschrieben, daß Frauen nicht an diesen Aggregaten arbeiten dürfen? Wo steht, daß hier die Männer ein Privileg haben?“

Über diesen Punkt gab es auch mit den Männern, die für die neuen Aggregate vorgesehen waren, eine Aus-

# Einheitsbestrebungen in Italien

## In gemeinsamen Aktionen erstarkte die Solidarität Gewerkschaften Italiens auf dem Wege zur Vereinigung

Mehr als 20 Jahre ist es her, seit im Juli 1948 die Christ-Demokraten die Abspaltung vom Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbund (CGIL) einleiteten.\* Den gleichen Schritt unternahmen wenig später, in den Jahren 1949 bis 1950, die Sozialdemokraten und Republikaner. Nach über 20 Jahren der Spaltung ist jetzt in Italien der Wille zur Vereinigung der Gewerkschaften so stark geworden, daß konkrete Schritte in dieser Richtung bereits eingeleitet wurden und weitere zu erwarten sind.

Von 1948 bis 1966 durchlebte die italienische Gewerkschaftsbewegung zwei Phasen. Eine sehr rauhe und gegensätzliche bis 1950 und eine recht schwierige und langwierige Phase der Aussöhnung und der Wiederannäherung bis 1966. Für beide Perioden blieb jedoch charakteristisch, daß der Wunsch nach Wiederannäherung bei den Gewerkschaftsmitgliedern, trotz aller Meinungsverschiedenheiten, stets wach war und ständig mehr an Boden gewann.

Die Beweggründe für die spätere Wiederannäherung wurden noch verstärkt durch das offen ausgesprochene Ziel der Unternehmer, die Teilung der italienischen Gewerkschaftsbewegung aufrechtzuerhalten. So scheiterte jetzt deren Plan, die Gewerkschaften zu schwächen, an der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterklasse, die für die Aufrechterhaltung der Spaltung keine politischen Gründe mehr sah.

Diese Entwicklungstendenz wurde im großen Tarifkampf der Metallarbeiter im Jahre 1959, der zu einer Zusammenarbeit aller Gewerkschaften führte, deutlich unterstrichen. Vermerkt sei, daß auch in Italien die Metallarbeiter die stärkste organisierte Gruppe sind. Diese positiven Ansätze zur Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften wiederholten sich 1962, im Jahr der großen gewerkschaftlichen Agitation. Zu dieser Zeit wurden in dem Streben nach Einheit auch die Beschäftigten der Textilindustrie und

andere Arbeitnehmergruppen mit ihren Organisationen davon erfaßt.

Die wütende Gegenoffensive der Unternehmer — als Reaktion auf die große erfolgreiche Tarifbewegung in den Jahren 1962 bis 1963 — trug entscheidend dazu bei, den Willen zur Einheit in den Gewerkschaften zu verstärken. Jetzt entwickelten sich bereits systematische und regelmäßige Konsultationen über das gemeinsame Vorgehen. Um für alle zu einer festen Generallinie zu kommen, schlug der CGIL Anfang 1966 dem CSIL und der UIL vor, die Herstellung der Gewerkschaftseinheit nunmehr für alle verbindlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Antrag des CGIL — er repräsentiert 54 Prozent aller organisierten Arbeiter und Angestellten — fand allgemeine Zustimmung. Wenngleich in der Vergangenheit die erste Phase der Gespräche noch mit sehr viel weltanschaulichen Problemen und die zweite häufig mit einem bestimmten Gegeneinander in der konkreten Politik belastet war, ging es bei der Herstellung der gewerkschaftlichen Gemeinsamkeit dennoch Schritt für Schritt vorwärts.

Das nie abreißende und einende Band bei allen Debatten ist und war — trotz der unterschiedlichen Auffassungen und der immer wieder auftauchenden politischen Unebenheiten — das gemeinsame gewerkschaftliche Arbeitsprogramm. Diese Einheitlichkeit wurde auch in dem harten Kampf der Metallarbeiter in den Jahren 1966/67 weiter gefestigt. Mit einer gemeinsamen Übereinkunft über die Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde der Kurs auf die Einheit — dies gilt sowohl für die unteren Organisationsebenen als auch für die Gewerkschaftszentralen — abermals unterstrichen.

Natürlich vollzieht sich diese Entwicklung nicht immer glatt und reibungslos. Während z. B. die Haltung des CGIL zur inzwischen gescheiterten Mitte-Links-Regierung reserviert war, zeigten CSIL und UIL mehr Zuneigung. Dadurch wurde aber der offene Konflikt zwischen der Regierung und den Gewerkschaften nicht aufgehoben. Andererseits schieden sich besonders

bei der Beurteilung der Politik der Koalitionsregierung von Christ-Demokraten, Sozialisten und Republikanern die Geister. Als z. B. im November 1968 der große Generalstreik der italienischen Arbeitnehmer gewisse Gefahrenmomente für die Regierung brachte, befanden sich CSIL und UIL wieder in gefährlicher Übereinstimmung mit der Regierung. Obgleich alle drei Gewerkschaften wenig vorher einen gemeinsamen Kampf für eine Reform und die Erhöhung der Renten führten, waren CSIL und UIL plötzlich bereit, einen schlechten Vertrag mit der Regierung zu akzeptieren. Aber auch in dieser Situation riß der Faden zur Gemeinsamkeit nicht ab.

Es muß als eine siegreiche Wende betrachtet werden, daß im Kampf um die Verbesserung der Renten, für eine soziale Wohnungspolitik und für die Beseitigung der Ortsklassenunterschiede in fester Einheitlichkeit gegen die Unternehmerverbände operiert wurde.

Der Trend zur Einheitsgewerkschaft ist in Italien unaufhaltbar. Dafür sorgen nicht nur viele Gewerkschaftsfunktionäre in den regionalen Verbänden, sondern auch in den Hauptvorständen. In diesem Zusammenhang ist die 1969 beschlossene Erneuerung der Aktionsverträge zwischen den einzelnen Gewerkschaften wohl als das bisher größte gewerkschaftliche Ereignis in der Nachkriegszeit anzusehen.

Heute kämpfen die Gewerkschaften in größtmöglicher Gemeinsamkeit für die 5-Tage-40-Stunden-Woche, für mehr Rechte der gewerkschaftlichen Vertreter und für das gewerkschaftliche Versammlungsrecht in den Betrieben. Der erst kürzlich durchgeführte Generalstreik für eine bessere Wohnungspolitik, für eine grundlegende Reform im Gesundheitswesen und der Finanzpolitik ist als bislang größter und geschlossenster Streik anzusehen.

Zusammenfassend kann zum Stand der gewerkschaftlichen Einigungsbemühungen gesagt werden: Einhellig unterstrichen die Gewerkschaftskonferenzen des CGIL, des CSIL und der UIL die objektive Notwendigkeit zur Schaffung der Einheit. Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß in nur wenigen Monaten die Aussöhnung auf allen Ebenen vertieft wurde und der Wille zur gemeinsamen Aktion unerschütterlich ist. Betont wurde ebenfalls, daß der gegenwärtige gemeinsame Kurs nicht nur ein Fusionskurs für wenige Monate darstellt, sondern getragen ist von dem Willen, die Erwerbschaften der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften zu wahren und endgültig schluß zu machen mit der Ara der Spaltung.

Freilich sind damit noch nicht alle Differenzen und Meinungsunterschiede überwunden. Doch im starken Maße handelt es sich dabei um Differenzen,

\*) Zum besseren Verständnis für unsere Leser: Vordorgründer Anlaß für die Spaltungs-offensive der Christ-Demokraten war der gewalttätige Streik der italienischen Werktätigen am 12. Juli 1948, der die Antwort auf das Attentat gegen den Führer der KPI, Palmiro Togliatti, darstellte. Plötzlich hatten die christ-demokratischen Gewerkschaftsführer entdeckt, daß dieser Streik eine „politische Aktion“ sei. Doch im Hintergrund der Spaltung stand die Kirche und das internationale Großkapital. Die starke Einheitsgewerkschaft war ihnen ein Dorn im Auge.

Da es den christ-demokratischen Führern nicht gelang, die CGIL auf einen rechten Kurs zu drängen, gründeten sie (allerdings bei Verlust des größten Teils ihrer Anhänger) den Freien Italienischen Gewerkschaftsbund (CSIL). Wenig später folgte auf Geheiß des damals allmächtigen amerikanischen State-Departments sowie der Republikaner und Saragat-Anhänger ein neues Spaltungsmandat. Ziel dieser Spaltung war es, den CGIL aus dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) herauszulösen. Als dies mißlang, gründeten die Republikaner und Sozialdemokraten die Union der Arbeit (UIL).

die sich ableiten aus der unterschiedlichen Zugehörigkeit der drei Gewerkschaftsbünde zu den internationalen Dachorganisationen. So ist z. B. der CGIL dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) angeschlossen; der CSIL und die UIL gehören dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) an. Schon aus dieser unterschiedlichen Zugehörigkeit und einer nicht unerheblichen Abhängigkeit der Minderheitsgewerkschaften vom Regierungskurs ergeben sich immer wieder gewisse Schwierigkeiten.

Doch unabhängig von diesen Schwierigkeiten wird die Einheitsbewegung zum Sieg führen. Eine reale Grundlage dafür ist vorhanden und wird in der Praxis auch schon dokumentiert. Schon heute geben die Metallarbeiter und Bauarbeiter der drei Organisationen eine gemeinsame Zeitung heraus. Hier zeigt sich, daß eine feste Zusammengehörigkeit auf der Grundlage der neuen Kampfformen heranzuwachsen. Dabei ist — wie in aller Welt — auch in Italien die Arbeiterjugend das stärkste Sprachrohr für die Gewerkschaftseinheit und gegen die Spalter.

Man darf gewiß sein, daß das Jahr 1970, trotz aller Widersprüche und Widerstände zwischen den vorwärts und rückwärts gerichteten Kräften, nach der Phase der Konstituierung das Jahr der gewerkschaftlichen Einheit in Italien sein wird. Die Schaffung dieser Einheit liegt nicht nur im Interesse der 6 Millionen organisierten Arbeiter und Angestellten, sondern ist auch im Interesse der 12 Millionen Lohnempfänger und der restlichen 8 Millionen abhängig Beschäftigten notwendig.

Abschließend kann man sagen, daß die italienische Gewerkschaftsbewegung bisher alle Schwierigkeiten überwand und alle Zerreißen überstand. Der Wille zur Einheitsgewerkschaft ist in Italien eine dauerhafte Eroberung. Sie wird Wirklichkeit, weil die Arbeiterklasse mit leidenschaftlicher Anteilnahme dafür kämpft und in Vergangenheit und Gegenwart große Opfer dafür brachte.

Aris Accornero  
Chefredakteur des CGIL-Organs  
„Rassegna sindacale“

## Neuer Vorsitzender der CSSR-Gewerkschaften

Jan Piller, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der CSSR, ist am 11. Februar 1970 auf der 5. Plenarsitzung des tschechoslowakischen Gewerkschaftsrates zum neuen Vorsitzenden des CSSR-Gewerkschaftsbundes ROH gewählt worden. Er löste Karel Polacek ab, an dessen Verhalten während der konterrevolutionären Ereignisse in der CSSR heftige Kritik geübt worden war.

# Zwang zur Partnerschaft?

Werner Mühlbradt und Egon Lutz: „Der Zwang zur Sozialpartnerschaft“. Hintergründe der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern; Luchterhand, Neuwied 1969 (Nov.), 167 S., kart., DM 16,50.

Wer eine theoretische Antwort auf die im Titel gestellte Frage zu finden sucht, wird enttäuscht werden. Was zu erfahren ist, ist die Rückschau auf 25 Jahre Sozialgeschichte der Bundesrepublik von den unterschiedlichen Positionen des Unternehmerverbandesmanagers (W. Mühlbradt, langjähriger BDA-Pressechef) und des Gewerkschaftsfunktionärs (E. Lutz, langjähriges Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier und Gewerkschaftsredakteur). Daneben steuern beide Autoren Porträtskizzen der führenden Repräsentanten der jeweiligen Verbände bei.

Bei Mühlbradt gewinnen die bisherigen BDA-Präsidenten (Raymond, Paulsen, Balke) geradezu Züge rührender Schlichtheit und Naivität, die völlig im Gegensatz zu der von diesen Personen mit Raffinesse und Kon-

(Absage an die Sozialisierung, wirkliche Anerkennung des Unternehmers, gemeinsame Verantwortung für das Wohl und Wehe des Wirtschaftszweiges und sachliche Lohnpolitik) lebhaft begrüßten.“ (S. 61/62)

Ferner finden alle bisherigen DGB-Vorsitzenden wohlwollende Erwähnung. Das Jahr 1967 wird gewissermaßen als der große Sprung nach vorn für die Kapitalisten eingeschätzt. Das „Trio Staat - Unternehmer - Gewerkschaften“ findet sich in dem Gremium „institutionsähnlichen Charakters“ — der konzertierten Aktion. Diese wurde „1967 neue Grundlage der Beziehungen der Sozialpartner, die sich nun am runden Tisch der Regierung wiederfinden. Positiv kann dieser Vorgang als konstruktive Fortsetzung früherer Sozialpartnerbemühungen bewertet werden.“ (S. 55) In der Tat! Mühlbradts Befürchtung: Man wisse nicht, wie es ohne Schiller funktionieren würde. Die ganze Sache sei doch noch zu sehr personalisiert.

## Das aktuelle Buch

Zweifellos ist dieser Prozeß die Grundlage dafür, daß entscheidende Kreise des westdeutschen Monopolkapitals in der SPD-Regierungspolitik unter den gegebenen Umständen ihre Interessen am besten vertreten wissen.

sequenz vertretenen Klassenpolitik des Großkapitals stehen. Mühlbradts Abhandlungen über die letzten 25 Jahre sind ebenfalls ein schlichtes Kapitel Apologie der Politik des Großkapitals, sie sind jedoch interessant hinsichtlich der Schwerpunkte, die er hervorhebt.

Das beginnt mit der ablastenden Nachgiebigkeit in den „Sozialpartnerschaftsgesprächen“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die nach der Installation des Adenauer-Regimes und der Restauration zur knallharten Gegenoffensive gegen die Arbeiterklasse und die (auch die reformistisch geführten) Gewerkschaften übergeht, dem Druck der 50er Jahre zur Festlegung von Schlichtungsvereinbarungen und schließlich dem Einschalten des Staates in den 60er Jahren in die Profitsicherung und Einkommensverteilung.

Gewerkschafter sollten wachen Interessen die Einschätzung des Mannes von der anderen Seite über ihre Repräsentanten zur Kenntnis nehmen. So etwa zu G. Lebers Eskapaden zur vermeintlichen Besserstellung von Gewerkschaftsmitgliedern: „Bei den Arbeitgeberverbänden gab es gewichtige Stimmen, die zu einem Kompromiß rieten, weil sie Lebers Politik

Die Beiträge von Egon Lutz sind glänzend geschriebene, die Wirklichkeit kritisch reflektierende aber nicht unproblematische Skizzen. Was seine Porträtskizzen betrifft (Böckler, Fette, Freitag, Richter, Rosenberg, Tacke, Kluncker, Leber, Brenner) so überwiegt der in freundliche Worte gekleidete und um ein ausgewogeneres Urteil bemühte inhärente Sarkasmus. Mit den Figuren wird die Gewerkschaftsgeschichte der letzten 25 Jahre lebendig, eine Geschichte, gekennzeichnet durch den strategischen Rückzug vor dem Angriff des Kapitals, trotz sozialer Fortschritte, die die Gewerkschaften erkämpfen konnten. Das gemeinsame Merkmal (bis auf Tacke, dem er übrigens neben Kluncker und Brenner Hochachtung zollt): die Bindung und Loyalität zur SPD-Führungsspitze und deren Politik.

Heute findet, nach Lutz, die Wachablösung in den Gewerkschaften statt. An die Schallhebel gelangen die Pragmatiker und Realisten, die die Klaviatur der Großorganisation beherrschen, die Absichten der Unternehmer illusionslos beurteilen, deren Grundtendenz weder der Kampf um die Überwindung des Kapitalismus noch die Unterordnung unter das Kapital ist, sondern die sich als Teil

des Establishments, als Machtfaktor in dieser (und wohl auch für diese) Gesellschaft begreifen (etwa Klunker).

Scharfsinnig und widersprüchlich, realistisch und letztlich resignierend sind die Grundthesen in Lutz' Kapitel „Zwischen Kampf und Kooperation“. Es ist allerdings nicht die pessimistische Kritik des frühen Theo Pirker, die diesen in die politische Isolation und später wieder in die Arme des Establishments trieb; dazu sind heute nicht die Zeiten. Es ist auch nicht die ätzende aber abstrakte und wirkungslose Kritik, wie sie heute von linken Intellektuellen kommt; dazu ist Lutz zu nüchtern, kennt zu gut die tatsächlichen Probleme der Arbeiterklasse. Aber was Lutz erdrückt, ist der Schein der Tatsachen, den er als unauhaltsamen Zwang zur weiteren, noch stärker fixierten Kooperation mit dem Kapital interpretiert, den Weg „vom Kampfverband zum integrierten Bestandteil der spätkapitalistischen Wirtschaftsordnung“. Dieser Weg beginnt für ihn mit den ersten Tarifverträgen und endet zur Zeit in der konzertierten Aktion. Er führt nach seiner Ansicht weiter mit der Mitbestimmung.

Der Fehler in Lutz' Argumentation liegt in der These von der Vorseibständigung und Institutionalisierung des Klassenkampfes. Er sieht nicht, daß dieser Vorgang in verschiedenen Perioden einen verschiedenen Inhalt und verschiedenen Stellenwert im Klassenkampf erhält.

Daß diese Formen den Trend zur Zusammenarbeit mit dem Kapital verstärken, ist bestenfalls eine Tendenz, aber keine unbedingbare Notwendigkeit. Das war abhängig, ist abhängig und wird abhängig sein von den Kräfteverhältnissen in der Gewerkschaftsbewegung und in der politischen Arbeiterbewegung selbst. Ein objektiver Zwang zur Sozialpartnerschaft läßt sich daraus nur schwerlich ableiten.

Die Schwäche in Lutz' Argumentation kommt am deutlichsten in der Mitbestimmungsfrage zum Ausdruck. Für ihn reduziert sie sich auf die Demokratisierung der „Direktionsetage“, wird die „logischste Verklammerung mit der herrschenden Gesellschaftsordnung“, für die Gewerkschaftsfunktionäre der Weg zur „ersehten Kooperation“. Der Widerstand der Unternehmer werde sich legen; schließlich müsse sich diese Sache gerade für sie in klingender Münze auszahlen.

Lutz hat dabei immer nur eine Konzeption und Praxis der Mitbestimmung vor Augen: die sozialpartnerschaftliche. Mag sie gegenwärtig auch die Hauptströmung in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung sein, die ausschließliche ist sie nicht. Er kommt deshalb auch überhaupt nicht auf den Gedanken, sich die Frage zu stellen, unter welchen Bedingungen

und wie der Kampf um derartige Rechte die Orientierung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften an ihren aktuellen und historischen Klasseninteressen verstärken und zur Zurückdrängung der Sozialpartnerschaftsideologien führen kann und wird.

Man kann Lutz nicht vorwerfen, er habe nicht die Faktoren gesehen, die die Orientierung der Gewerkschaftsführungen wesentlich beeinflußt haben: die SPD-Politik und der Antikommunismus. Er erkennt auch jene Hauptkonstellation, die die Beziehungen in der Nachkriegsära wesentlich formten: „Die Existenz der DDR zwingt die Bundesrepublik fortwährend, wenigstens so viele Sozialreformen durchzuführen, daß das kapitalistische System lebensfähig bleibt und keinen Kollaps erleidet.“ (S. 147) Ist es aber ausgeschlossen, daß in absehbaren Zeiträumen dieser Zusammenhang — setzt er sich einmal im Bewußtsein fest — Antriebskraft anti-kapitalistischer Offensiven werden kann?

Wer wie Lutz die „Kraft des normativen Faktischen“ zur Mutter der Zwangsläufigkeiten erhebt, muß die Bedeutung der Gegensätze und Widersprüche für die Entwicklung unterschätzen. Wenn es stimmt, daß der Klassengegensatz prägendes Moment der Entwicklung bleibt, dann muß der Druck der Interessen der Arbeiterklasse gerade in jenen Organisationen zum Tragen kommen können, in denen die Massen der Arbeiter und Angestellten organisiert sind. Organisationen, die dem nicht Rechnung tragen — infolge bürokratischer Strukturen und Sonderinteressen starker Funktionsgruppen — müssen zur Bedeutungslosigkeit degenerieren. Falls Lutz zur Warnung dieses Menelekel an die Wand schreiben wollte, ist ihm zuzustimmen. H. Jung

## Steuergelder für Sozialinvestitionen!

Die Kürzung der inflationstreibenden Militär- und Rüstungslasten und die Verwendung freiwerdender Steuergelder für Sozialinvestitionen fordert das Direktorium der Deutschen Friedens-Union in einer anläßlich der Haushaltsdebatten des Bundestages herausgebrachten Schrift zur neuen mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung. Darin werden Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung kommentiert und konkrete Alternativen dazu angeboten. Die 15-seitige Ausarbeitung (DIN A 4) kann von Interessenten kostenlos bei der DFU angefordert werden: Deutsche Friedens-Union, Bundesgeschäftsstelle, 5 Köln-Ehrenfeld, Venloer Straße 383.

## Informatives „Handbuch“

„Handbuch für Arbeiter und Angestellte zur betrieblichen und gesellschaftlichen Praxis“ heißt ein in der Reihe Marxistische Taschenbücher herausgebrachtes Nachschlagebuch. Vom Stichwort Akkord bis Clara Zetkin finden Betriebsratsmitglieder, Vertrauensleute, Gewerkschaftsfunktionäre und darüber hinaus jeder, der gewerkschaftspolitisch interessiert ist, alles, was er für die gewerkschaftliche Praxis braucht — oder doch fast alles.

Was dieses Handbuch für Arbeiter und Angestellte von anderen gleichartigen Druckerzeugnissen abhebt, ist, daß hier sachliche Informationen in bezug auf die gesellschaftlichen und politischen Zusammenhänge dargestellt werden. Aber das Handbuch will nicht nur interpretieren, sondern ebenso zeigen, „wie die Verhältnisse im Interesse der Arbeiter und Angestellten durch ihr Handeln verändert werden können“, so schreiben die Verfasser selbst in ihrem Vorwort. Das Handbuch ist eine Gemeinschaftsarbeit des „Institutes für Marxistische Studien und Forschungen“ (IMSF), an der mehr als 60 Fachleute mitgearbeitet haben.

Nun kann keine Arbeit so gut sein, daß sie nicht noch verbessert werden könnte. Das trifft zweifellos auch auf das Handbuch zu, ganz besonders auf die Sprache. Es wäre vieles kürzer und trotzdem verständlicher darzustellen. So steht z. B. unter dem Stichwort „Lohnnormen“: „Unter Reallohn ist diejenige Menge an Konsumgütern zu verstehen, die mit einem jeweiligen bestimmten Nominallohn gekauft werden kann.“ Wieso Reallohn eine Menge an Konsumgütern ist, darüber wird sich gewiß mancher den Kopf zerbrechen.

Und zum Tariflohn heißt es: „Der Tariflohn stellt den im Tarifvertrag vereinbarten Lohn dar, der nicht unterschritten werden darf. Er ist somit Mindestlohn.“ Das ist dasselbe, als wenn man sagen würde, der Tariflohn ist Mindestlohn oder der Tariflohn ist unabdingbar. Diese Bemerkungen sollten nicht als Beckmesserei aufgefaßt werden, aber ein Handbuch braucht notwendigerweise Klarheit im Stil und im Ausdruck. Und endlich fragte man sich, was das Hitler-Bild auf Seite 116 in diesem Handbuch verloren hat.

Alles in allem aber ist das Handbuch für Arbeiter und Angestellte eine gelungene Arbeit für Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre, die in ihrer praktischen Arbeit nicht nur Antworten auf Sachfragen suchen, sondern gewerkschaftspolitische Informationen. Das Buch kostet 7,50 DM und ist in jeder Buchhandlung zu haben bzw. kann direkt vom Verlag „Marxistische Blätter“, Frankfurt/Main, Meisen-gasse 11, bezogen werden.

- **10. April**  
Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Duisburg.
- **18. April bis 8. November**  
Wahl der Gewerkschaftsausschüsse in den Betrieben im Organisations-Bereich der IG Bergbau und Energie.
- **2. bis 31. Mai**  
Wahl der Delegierten zu den Geschäftsstellen- und Bezirkskonferenzen der IG Bergbau und Energie.
- **6. Mai bis 16. Juli**  
Ruhrfestspiele des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
- **11. bis 14. Mai**  
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Saarbrücken.
- **30. Mai**  
Tarifverträge für die Beschäftigten in der chemischen Industrie von Westfalen, Südbaden und Bayern laufen aus.
- **6. bis 28. Juni**  
Wahl der Geschäftsstellen- und Bezirksvorstände der IG Bergbau und Energie.
- **15. bis 17. Juli**  
13. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock, während der Ostseewoche vom 12. bis 19. Juli 1970.
- **6. bis 11. September**  
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten in Berlin.
- **Oktober**  
10. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie.

## „elan“ – Magazin für junge Leute

Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) ist vielen Menschen nur aus der ihr feindlich gesonnenen Springer-Presse und aus den Berichten des Bundesinnenministeriums bekannt. Sie sollten darum einmal die neueste Ausgabe des Jugendmagazins „elan“ lesen, das in einer Doppelnummer umfassende Informationen über den jüngsten Arbeiterjugendverband der Bundesrepublik enthält, aber auch viele andere interessante Beiträge.

elan-Doppelheft Nr. 1/2 - 1970, DM 2,00. Zu erhalten bei allen Buchhandlungen und Bahnhofsbuchhandlungen sowie bei

elan-Magazin für junge Leute – Weltkreis-Verlag GmbH., 46 Dortmund, Brüderweg 16.

# Demagogie mit Wohngeld

Nach reaktionärer Politik jetzt soziales Getue der CDU

Im Bundestag wird über eine Verbesserung des Wohngeldgesetzes auf Grund eines Antrages von CDU/CSU-Abgeordneten beraten. In der Regierungserklärung hatte Bundeskanzler Brandt zwar eine Verbesserung des Wohngeldgesetzes angekündigt, aber die CDU/CSU ist nun aus offenkundig propagandistischen Gründen der Regierungskoalition mit einem Antrag zuvorgekommen.

Die Initiative der CDU/CSU ist blanke Demagogie, denn gerade sie ist es gewesen, die als führende Regierungspartei das soziale Mietrecht in der Bundesrepublik, den Mieterschutz und die Mietpreisbindung demontierte. Die verheerenden Folgen für Millionen Mieter sind bekannt: Massenkündigungen in den sogenannten weißen Kreisen und rigorose Mieterhöhungen. Im Zuge dieser sozialreaktionären Politik der CDU/CSU sind die Altbaumieten in den Jahren 1962 bis 1969 um 70 Prozent gestiegen und die Sozialmieten kletterten bis auf 5 DM pro qm hinauf. Das erst war Veranlassung dafür, daß eine wachsende Zahl von Mietern gezwungen wurde, Mietzuschuß nach dem Wohngeldgesetz in Anspruch zu nehmen.

Obwohl Gewerkschaften und Mieterverbände wiederholt die Regierung und das Parlament dazu aufforderten, ist das Wohngeldgesetz seit 1965 nicht verbessert worden. Zur Zeit stehen zum Beispiel die bei der Bemessung des Mietzuschusses zu berücksichtigenden Miethöchstsätze (Mietobergrenze) im krassen Gegensatz zu den Mieten, die tatsächlich bezahlt werden müssen. Dafür aber, daß die Bestimmungen des Wohngeldgesetzes in den letzten viereinhalb Jahren nicht der Entwicklung angepaßt worden sind, trägt die Hauptverantwortung allein die CDU/CSU, die sich jetzt als Vorkämpferin für die sozialen Belange der Mieter aufzuspielen versucht.

Zweifellos muß das Wohngeldgesetz verbessert werden. Die Mietobergrenze muß erhöht, oder richtiger ganz aufgehoben werden, da der Mieter ja nicht die Höhe der Miete selbst bestimmen kann. Angepaßt werden muß auch die Einkommensgrenze, die Wohnfläche, dem heutigen Lebensstandard entsprechend, vergrößert und die tragbare Mietbelastung gesenkt werden.

Doch das Hauptanliegen einer fortschrittlichen sozialen und demokratischen Wohnungsbau- und Mieten-

politik ist die Wiederherstellung eines wirksamen Mieterschutzes und die Förderung des sozialen Wohnungsbaues. In seinem Grundsatzprogramm fordert der DGB mit Recht: „Die Wohnungspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden muß dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit entsprechen. Eine Wohnungswirtschaft nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten wird dieser Forderung nicht gerecht.“

Voraussetzung ist aber, daß endlich den Bodenspekulanten und „Baulöwen“, die sich auf Kosten der Mieter und der kleinen Hausbesitzer maßlos bereichern, das Handwerk gelegt wird und die öffentlichen Wohnungsbaudarlehen wieder zu den gleichen Bedingungen ausreichend bereit gestellt werden, wie das in den Anfangsjahren des sozialen Wohnungsbaus der Fall war. A. Böppe

## Berichtigung

Im Februar-Heft sind einige bedauerliche sinnentstellende Druckfehler übersehen worden. Selbstverständlich muß es auf Seite 8, Spalte 3, zweiter Absatz richtig heißen: „Die Aufgaben der Gewerkschaften für die Durchsetzung ihrer Forderungen werden nicht einfacher.“ — Auf Seite 12, Spalte 2, erster Absatz heißt es richtig: „Ihre betriebliche Lohnpolitik soll...“ — Und schließlich muß es auf Seite 19, Spalte 1, am Schluß des zweiten Absatzes heißen: „Karl Korsch's Rätekonzeption wird allzu unkritisch rezipiert.“

## nachrichten

Die NACHRICHTEN – Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik – erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium: Dr. Werner Pelschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9; Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 54 97 96; Konto-Nr. 58 029 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM; jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM).

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster